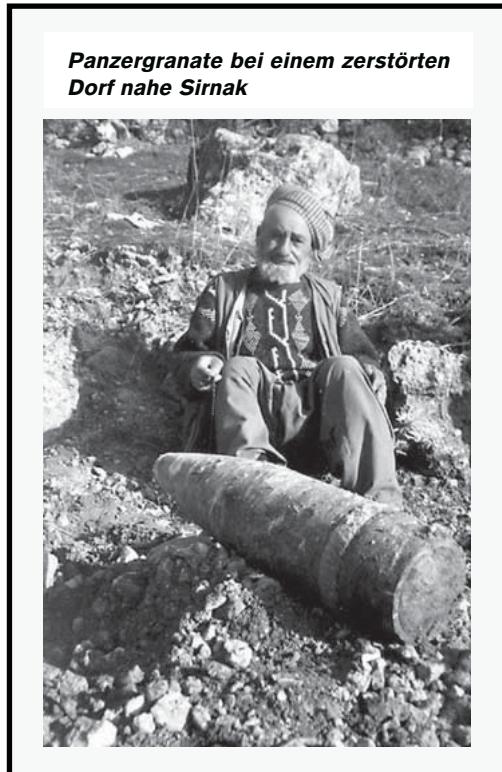


Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



S.3: Das Panzergeschäft

S.7: Russland vor den Duma-Wahlen '99

S.12: Kommunalwahlen in Baden-Württemberg

S.17: Gesundheitswesen: inhaltliche, nicht einfach finanzielle Krise

S.20: Zur Geschichte der Steuer im alten Ägypten



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIET VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32 ... und Ost Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030 / 24009468, Fax: 030 / 24009469

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Politischen Berichten veröffentlichen die Mitteilungen der „**ArGe, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS**“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

MILITÄRISCH-INDUSTRIELLER KOMPLEX.

Im Juni bekräftigten die EU-Mitglieder ihre Absicht, sich in der Nato eine größere militärische Autonomie zu sichern. Der „europäische Pfeiler in der Nato“ hat nun einen Namen: EADS, European Aeronautic Defense and Space Company, entstanden aus der Fusion der französischen Aérospatiale Matra und der deutschen DaimlerChrysler Aerospace (Dasa). EADS befehligt fast 90 000 Beschäftigte, hat einen Umsatz von 21 Mrd. Euro, ist nicht nur mit Airbus weltweit die Nummer 2 im zivilen Flugzeugbereich, sondern wird, als größter Anbieter von Hubschraubern, Satelliten, Flugzeugen und Kriegstechnik und einem Umsatz von 36 % im Militärbereich, das drittgrößte Rüstungsmonopol. Vor ihm liegen die US-Konzerne Boeing/McDonnell Douglas und Lockheed Martin. Aktuell haben ein spanischer und ein finnischer Rüstungskonzern Interesse an Beteiligung an EADS signalisiert, Rüstungsexperten rechnen aber auch damit, dass der nächstgrößte europäische Rüstungskonzern British Aerospace/GEC Marconi sich der deutsch-französischen Allianz in einer oder anderen Form anschließen dürfte. „Die Fusion passt genau in die im Bau befindliche europäische Verteidigungspolitik“, verkündete der französische Premier Jospin. Der deutsche Wirtschaftsminister Müller versprach: „Die Bundesregierung wird die politische Flankierung dieses industriellen Prozesses fortsetzen.“ Der französische Staat, der 15 % der Anteile an EADS hält, habe sich aus den strategischen Entscheidungen des Konzerns herauszuhalten, ertönte es vom deutschen Luft- und Raumfahrtkoordinator. Noch ist übrigens unklar, welches Rüstungsexportgesetz für den Konzern, der seinen Geschäftssitz in die Niederlande legt, gelten wird, das engere deutsche oder das lockerere französische. Es ist aber zu erwarten, dass der neue Konzern seinen Einfluss bei der EU-Kommission und der WEU geltend macht, um das in Arbeit befindliche EU-Rüstungsexportgesetz – in einer den eigenen Vorstellungen entsprechenden Form – auf den Weg zu bringen.

EROBERUNG. Auf dem stark expandierenden Telekommunikationsmarkt formieren sich die Unternehmen neu. Besonders umkämpft ist der Mobilfunkmarkt, der jährliche Wachstumsraten von rund 50 % aufweist. Nachdem die Telekom im August die britische Mobilfunkgesellschaft One2One erworben hatte, hat Mannesmann jetzt für 60 Mrd. DM – man sieht, die Kriegskassen der Konzerne sind prall gefüllt – Orange übernommen und damit ein großes Stück des britischen Mobilfunkmarktes samt verschiedenen Auslandsbeteiligungen erobert. Mit dem Kauf kommt Mannesmann auf etwa 20 Mio. Mobiltelefonkunden. Derweil setzt sich die Telekom, die

gerade größere Anteile des früher staatlichen kroatischen Telekommunikationsunternehmens übernommen hat, weiter in Osteuropa fest: Für 2 Mrd. Dollar kaufte sie die Mehrheit der Mobilfunkbeteiligung von MediaOne International, dazu gehören Anteile an polnischen, zwei ungarischen und einer russischen Gesellschaft. Da das Festnetz in Osteuropa nicht so weit ausgebaut ist wie in Westeuropa, wächst der Mobilfunkmarkt hier besonders schnell. Derweil kündigte Wirtschaftsminister Müller die kritische Überprüfung der noch bestehenden Regulierung des Marktes an, nicht nur in der BRD, sondern in der ganzen EU. Vor allem in Südeuropa bestehe Bedarf an De-regulierung, so die deutschen Unternehmen Telekom und Mannesmann.

ARMUTSBERICHT. Die Caritas hat ihren Armutsbericht vorgelegt. Demzufolge verfügt nur ein Drittel der 80 Mio. Menschen in der BRD über ein gesichertes Auskommen, 25 % leben in „prekärem Wohlstand“ und können jederzeit durch Schicksalsschläge in die Sozialhilfe abgleiten. Rund 6 Mio. Menschen bezeichnet der Bericht als arm. Schlussfolgerung der Caritas ist die Forderung an die Bundesregierung, die sozialen Sicherungssysteme „armutsfest“ zu machen.

KLÄGLICH. Im Koalitionsvertrag hatte sich „Rot-Grün“ festgelegt, die Einführung von Studiengebühren zu verhindern. Auf der letzten Kultusministerkonferenz ist jedoch der halbherzige Versuch gescheitert, per Staatsvertrag ein Moratorium zu erreichen, das Studiengebühren bis 2003 ausschließt, und zwar nur für ein grundständiges Präsenzstudium. Dagegen waren Baden-Württemberg und Berlin, aber auch in SPD geführten Bundesländern werden die Rufe nach Studiengebühren lauter. Niedersachsen z.B. propagiert die Einführung von Studiengebühren für Kinder besser verdienender Eltern. Vor der Verankerung des Verbots von Studiengebühren im Hochschulrahmengesetz schreckt Bundesministerin Bulmahn zurück. Einem solchen Vorhaben droht das parlamentarische Scheitern.

LADENSCHLUSS. Das Ifo-Institut empfiehlt in einem Gutachten, die Ladenschlusszeiten von Montag bis Samstag völlig aufzuheben und die Entscheidungen über Sonn- und Feiertagsöffnung auf die kommunalen Gebietskörperschaften zu übertragen. Ein anderes Gutachten indes zeigt nochmals, dass längere Öffnungszeiten zu Lasten der Beschäftigten gehen. Seit der Verlängerung des Ladenschlusses vor drei Jahren ging die Zahl der Beschäftigten um 6 % zurück, nur noch 38 % haben Vollzeitjobs, eine Mio. Menschen müssen zu „sozial wertvollen“ Zeiten arbeiten. Die EKD hat eine Kampagne zum Erhalt des Sonntags eingeleitet.

Das Panzer- geschäft

Der Bundessicherheitsrat hat, gegen die Stimme Fischers, den Export eines Leopard-II-Panzers zu Testzwecken in die Türkei genehmigt. Die Türkei will 1000 Kampfpanzer in Lizenz bauen. Entscheidet sie sich für den Leopard II, steht voraussichtlich im Jahr 2001 die Entscheidung über die entsprechende Exportgenehmigung an. Darüber hinaus genehmigte der Bundessicherheitsrat geräuschlos den Export von 6 Minensuchbooten in die Türkei. Der Koalitionsausschuss hat den Beschluss bestätigt.

Die Grünen halten, so sagen sie, an ihrer Kritik fest und wollen die Entscheidung bei der womöglich anstehenden Exportgenehmigung für die 1000 Kampfpanzer suchen; bis dahin wollen sie neue Exportrichtlinien erreichen. Wenn sie so weitermachen wie bisher, sind sie damit schon gescheitert. Denn sie haben den Konflikt seit ihrer Regierungsbeteiligung hinausgezögert, bis sie ihn, als er dann aufbrach, nicht mehr ernsthaft austragen konnten.

Der Konflikt über Rüstungsexporte in die Türkei war bei Regierungsantritt absehbar. Allein zwischen 1964 und 1995 hat die BRD ihm Rahmen der Nato-Verteidigungshilfe der Türkei Rüstungsgüter in Höhe von 6,5 Mrd. DM geliefert, sie ist hinter den USA der zweitgrößte Rüstungsexporteur in die Türkei. Schon unter der Schröder/Fischer-Regierung, im Dezember 1998, wurde die „Salihreis“, die modernste Fregatte Europas, an die Türkei ausgeliefert, 14 weitere Kriegsschiffe aus Deutschland sollen im Rah-



Leopard I bei Sirnak

men dieses Programms die beschlossene Modernisierung der türkischen Kriegsmarine vorantreiben. Doch die von Fischer geführten Grünen haben den absehbaren Konflikt in der Koalitionsvereinbarung nicht thematisiert. Statt dessen haben sie dort zwar den „Menschenrechtsstatus möglicher Empfängerländer“ als Kriterium für Rüstungsexporte benannte, doch ausdrücklich auf Nicht-Nato-Mitglieder beschränkt. Zudem ist das konkrete Interesse der Türkei, die ihre gesamte Armee modernisiert und aufrüstet, am deutschen Panzer- und sonstigen Waffenimport nicht erst seit gestern bekannt. Warum also streiten die Grünen in Parlament und Regierung darüber erst seit gestern, anstatt den Kampf um die öffentliche Meinung früh aufzunehmen? Hat der für den Außenpolitischen Kurs der Bundesregierung und der Grünen verantwortliche Fischer ernstlich glauben können, ER werde die Sache im entscheidenden Moment schon richten? Streitet er überhaupt? Erwiesen ist inzwischen, dass er die Gegner der Waffenlieferungen in der Grünen Partei und der gesamten Öffentlichkeit getäuscht hat.

Durch Enthüllung des Magazins „Kennzeichen D“ wurde jetzt nämlich bekannt, dass die BRD die türkische Armee beim Aufbau eines Chemiewaffelabors unterstützt. Das Verteidigungsministerium hat dies bestätigt und erklärt, das C-Waffen-Labor diene einziger Verteidigung gegen mögliche Giftgasangriffe, und es sei ja bekannt, dass die Türkei von Nachbarn umgeben sei, die Giftgas hätten und einsetzen. Tatsächlich ist die Erprobung und Produktion von Abwehrmitteln gegen Giftgas von der Erprobung und Produktion von Giftgas nicht zu trennen. Tatsächlich hat die türkische Armee Giftgas bereits eingesetzt. Am 18. Mai 1999 berichtete Özgür Politika über einen Einsatz von Chemiewaffen gegen die Guerilla der kurdischen Befreiungsarmee ARGK; die ARGK sei im Besitz sowohl der Teile der angewandten chemischen Sprengköpfe als auch der sterblichen Überreste ihrer Kämpfer und sei bereit, die Beweismit-

tel internationalen Institutionen zur Verfügung zu stellen. In diesem Zusammenhang fragte die PDS-Abgeordnete Ulla Jelpke die Bundesregierung, ob sie „vor dem Hintergrund der Rolle deutscher Firmen bei dem irakischen Giftgasangriff auf die kurdische Bevölkerung in Halabja im Jahre 1988“ prüfen werde, „ob deutsche Firmen durch Materiallieferungen oder auf andere Weise in die Fertigung chemischer Kampfstoffe, die möglicherweise durch die türkische Armee eingesetzt wurden, verwickelt sind.“ Außenminister Fischer antwortete am 18. Juni 1999 für die Bundesregierung: „Der Bundesregierung liegen keine Hinweise oder Anhaltspunkte auf Lieferungen deutscher Firmen für die Fertigung chemischer Kampfstoffe in der Türkei vor. Sie wird jedem Hinweis konsequent nachgehen.“ (Drucks. 14/1197) Er hat gelogen.

Fischer hat die Grünen maßgeblich in die Beteiligung am Eroberungskrieg gegen Jugoslawien getrieben – im Namen der Menschenrechte. Jetzt hat er den Panzerexport in die Türkei eingebrockt – gegen die Menschenrechte. Die Mischung von Dummheit, Überheblichkeit, Verlogenheit und Machtgier ist tödlich. Wenn Fischer weiter als Außenminister im Amt bleibt, werden die Grünen das schwer bezahlen müsse.

Wozu will die Türkei 1000 Leopard-Panzer?

Panzer lassen sich bekanntlich gegen die Opposition einsetzen. Vielleicht werden einige der Leserinnen und Leser noch die Bilder des Militärputsches von 1980 kennen. Im Werk von Mercedes-Turk hielten Panzer die Streikenden in Schach. Sie mussten sich auf die Erde legen. Auch an alle Politiker, die glauben machen wollen, in den kurdischen Gebieten wäre so ein Leopard-Panzer unnütz, nicht einsetzbar: Vor drei Jahren wurden aus der Bundesrepublik erst die schweren Zugmaschinen von Daimler Wörth geliefert. Damals mit der Begründung, dass schwere Panzer damit auch in unwegsames Gelände transportiert werden könnten.



Protest vor Blohm + Voss gegen die Auslieferung von Salihreis

Und welche der vielen Delegationen hat nicht mindestens ein Erlebnis (und Foto) von den Straßensperren mit schweren Panzern mitgebracht. Bei dem Beschuss kurdischer Städte wie Lice oder Sirknak wurden schwere Panzer eingesetzt. Die großen kurdischen Städte Diyarbakir, Urfa, die wichtigen internationalen Straßen entlang der Grenze zu Syrien, Irak und Iran liegen sowieso in Gebieten, wo sich diese Panzer hervorragend einsetzen lassen. Und bei den ständigen türkischen Überfällen auf Südkurdistan sind immer schwere Panzer im Einsatz.

Seit dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes versucht die Türkei, ihre Rolle als Regionalmacht im Mittleren Osten, im Kaukasus und auf dem Balkan auszubauen. Dabei verfolgt sie durchaus eigenständige Interessen.

Seit dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg fordert die Türkei das Territorium Südkurdistans vom Irak zurück. Nach dem letzten Golfkrieg glaubte die Türkei, näher an den Traum der Erdölgebiete von Mossul und Kirkuk herangerückt zu sein, da das von ihr beanspruchte Gebiet fast genau die Flugverbotszone in Südkurdistan ausmacht. Mit der Begründung des Kampfes gegen die PKK besetzte die türkische Armee große Teile Südkurdistans, die im Grenzgebiet zur Türkei logistisch zugänglich sind, und stieß schon mehrfach über 150 Kilometer tief in den Nordirak mit Panzertruppen vor.

Mit Syrien hat die Türkei auch einen jahrzehntelangen schwelenden Konflikt um das Gebiet Hatay, südlich von Iskenderun. Das Gebiet war von türkischen Truppen in den 30er Jahren besetzt worden. Weiter gibt es sowohl mit Syrien als auch mit dem Irak schwere politische Auseinandersetzungen um die Wasserzufluss, da Euphrat und Tigris auf türkischem Gebiet aufgestaut und Syrien von ca. 75 Prozent und Irak von ca. 70 Prozent ihres heutigen Wasserbedarfs abgeschnitten werden.

Mit der Herstellung der Achse Türkei-Israel durch verschiedene Wirtschafts- und Militärabkommen entsteht in Mittelost eine neue Ordnungsmacht, die eine regelrechte Bedrohung darstellt. Erste Auswirkungen dieser Kooperation waren eine Reihe von Waffengeschäften, bspw. die Umrüstung der aus der Bundesrepublik gelieferten Phantomkampfflugzeuge vom Aufklärer zur Angriffs- und Bomberwaffe. Es folgten gemeinsame militärische Übungen mit Israel im Mittelmeer (gegen schwere Proteste Griechenlands) und in den Grenzregionen Syriens und Iraks.

Im Kaukasus und Richtung Zentralasien spalten sich langsam die Fronten zu. Im Kampf um Erdöl- und Erdgasgebiete sowie weitere wichtige Rohstoffgebiete und den Markt mit rund 300 Millionen Menschen will Russland seinen alten Einfluss wieder herstellen. Dabei werden wie in Tschetschenien oder auch in Ge-

orgien massive militärische Mittel eingesetzt. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion versucht sich die Türkei als Partner der Staaten des Kaukasus und Zentralasiens zu etablieren. In bisher allen Auseinandersetzung in diesem Raum, sei es wegen Separatistischen Bestrebungen, ethnischer oder religiöser Konflikte, immer hat sich die Türkei auf der Seite der russischen Gegner eingemischt. Aserbaidschan bekam Offiziere und „Freiwillige“ gestellt, tschetschenische und dagestanische Kämpfer werden in der Türkei ausgebildet, an die turkstämmigen Konfliktparteien wurden Waffen geliefert (oft aus den alten NVA-Beständen), an den Grenzen zu Georgien und Armenien zog die Türkei Truppen zusammen und drohte mit einem Angriff usw. Mit Macht versucht die Türkei ihre politische Stellung in diesem Raum zu festigen. In den Träumen panturkischer Politiker reicht der türkischen Einfluss bis an die chinesische Mauer. Anfänge wirtschaftlicher und politischer Kooperationen wurden teilweise gemeinsam mit Pakistan mit den Turkrepubliken begonnen. Eine ganze Reihe von Geschäften wurde abgeschlossen. Was fehlt, ist bisher der Zugriff auf die Öl- und Gastransporte, der Pipelinebau durch die Türkei.

Das türkische Militär und die herrschenden Cliquen der Türkei erhoffen sich durch die Panzerlieferungen eine Aufwertung ihrer Armee. Diese soll in den nächsten zehn Jahren durch gigantische Rüstungsausgaben in Höhe von über 100 Milliarden Dollar völlig neu ausgerüstet werden. Als gesuchter und benötigter Partner von USA und europäischen Staaten versucht die Türkei ihre Interessen in der Region auch militärisch durchzusetzen. Die Panzer sollen an einen Staat geliefert werden, der mit über 100 Milliarden Dollar das Land mit den höchsten Auslandsschulden ist und der mittlerweile die Hälfte seines Staatshaushaltes für Zinszahlung braucht, an einen Staat, der seine Bürger verhungern lässt, der ganze Gebiete in Kurdistan verwüstet und drei Millionen Menschen zur Flucht getrieben hat, an einen Staat der in seiner Außenpolitik ständig mit dem Einsatz seiner Truppen droht.

Warum will die BRD der Türkei Panzer liefern?

Mit der Niederlegung ihrer Waffen versucht die PKK fast schon verzweifelt, einen Prozess zur friedlichen Lösung der Kurdenfrage einzuleiten. Ob das gelingt, hängt ganz wesentlich davon ab, ob die Mächte, die die Türkei wirtschaftlich und politisch unterstützen und ohne deren Unterstützung die Türkei den Krieg nicht führen könnte, ihren Einfluss entsprechend geltend machen oder nicht. Genau in dieser Phase, in der so viel vom Verhalten gerade auch der BRD abhängt, setzt die Schröder/Fischer-Regierung mit dem Panzerexport ein Zeichen: Sie



Panzergranate bei einem zerstörten Dorf nahe Sirnak

ist bereit, der militärischen Stärkung der Türkei vieles und insbesondere die friedliche Lösung der Kurdenfrage zu opfern.

Nicht nur, weil sie die Berufung auf die Menschenrechte ad absurdum führt, ist der Zusammenhang der Türkei-Politik mit dem Krieg gegen Jugoslawien von Belang. Mit der weiteren Zerstückelung Jugoslawiens soll jeder Ansatzpunkt für eine gegenüber Nato und EU eigenständige Entwicklung auf dem Balkan und im ganzen Mittelmeerraum zertreten werden. Damit und mit der Ausweitung des Nato-Gebietes auf den ganzen Balkan ändert sich auch die Bedeutung der Türkei für die Nato-Hauptmächte, darunter die BRD. In dem 1997 in der Schriftenreihe des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. erschienenen Band „Die Lage im östlichen Mittelmeerraum als Aspekt deutscher Sicherheitspolitik“ (Baden-Baden 1997) wird dies so beschrieben: „Die Türkei wurde vom ‚Flankenstaat‘ zum ‚Frontstaat‘, der an aktuelle Krisenherde wie den Kaukasus und den Nahen Osten unmittelbar angrenzt.“ Die Panzer, die auch gegen die kurdische Bevölkerung einsetzbar sind, werden benötigt und liefert, damit der Frontstaat den erwarteten militärischen Beitrag leisten kann, um die Weltordnungsvorstellungen der Nato und ihrer Hauptmächte, nicht zuletzt der BRD durchzusetzen, gegen Staaten, die sich diesen Vorstellungen nicht unterwerfen, vor allem aber gegen Russland.

So scheint die Gefahr auf, dass der Eroberungskrieg gegen Jugoslawien nur der erste einer langen Reihe von Kriegen an den Grenzen des Nato-Gebietes war.

rub, scc

Leider hat sich an dieser Stelle in der letzten Ausgabe ein Fehler eingeschlichen. Die Zahl der „Legalisierten“ in Frankreich beträgt nicht, wie berichtet, 800.000, sondern 80.000, auch wird nicht mit der Legalisierung weiterer 700.000, sondern von 70.000 gerechnet.

Europaweite Proteste

Während das Asylrecht in der Praxis schon längst nicht mehr existiert, versuchen die europäischen Länder auf rechtlicher Ebene Ausgrenzung, Rassismus, Kontrolle und Abschottung weiter voranzutreiben. So trafen sich Mitte Oktober 1999 in Tampere (Finnland) die Regierungschefs der EU. Schrittweise soll die Flüchtlingsbekämpfung der Einzestaaten zusammengefasst und zur vordringlichen europäischen Aufgabe werden. Das Ziel ist es, später auf EU-Ebene, weitgehend unter Ausschluss rechtlicher Kontrolle, zu einer koordinierten Außen- und Flüchtlingspolitik auf niedrigstem Niveau zu kommen.

Die Genfer Flüchtlingskonvention, die als internationales Vertragswerk seit 1949 den Flüchtlingsschutz verbindlich regelt, wird als „unnützer Ballast“ entsorgt. Entstanden war sie auf dem Hintergrund der Erfahrungen mit Nazi-Deutschland zwischen 1933 und 1945. Sie war Teil des Versuchs, ein international gültiges Regularium zu schaffen, um einer Abschottungspolitik aller Länder wie vor und während des Zweiten Weltkrieges vorzubeugen. Die Abschaffung dieses Grundrechts markiert dagegen den Willen, den flüchtenden Menschen den letzten Ausweg zu verschließen, das dieses Recht ihnen bot.

Gegen den EU-Sondergipfel im finnischen Tampere hatte sich eine breite Protestbewegung entwickelt. Vor allem gegen die Regelungen die sich auf die zunehmenden Fluchtbewegungen beziehen richteten sich die vielfältigen Aktionen.

Unter dem offiziellen EU-Motto, einen Raum ziviler Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu schaffen, werde „in Wahrheit Ausgrenzung, Rassismus, Kontrolle und Abschottung vorangetrieben“, erklärte die bundesweite Kampagne „Kein Mensch ist illegal“. In Paris und in anderen französischen Städten demonstrierte das Flüchtlingsnetzwerk der „Sanspapiers“, ebenso gingen Menschen in Wien, Tampere, Berlin, polnischen und niederländischen Städten auf die Straße. In Frankfurt (Main) blockierten Aktivisten mit Luftballons, die 150 Meter über der Erde schwebten, die Flugbahnen des größten Flughafens in Deutschland, von wo aus jährlich 10.000 Menschen abgeschoben werden. In Koblenz demonstrierten mehr als 200 Menschen gegen die dort ansässige Grenzschutzzdirektion, die als bundesweite, zentrale Abschiebebehörde gilt.

Unter dem Titel „Menschenjäger – Schreibtischtäter“ wurde in einem Aufruf zu der Demo auf die Funktion der BGS-Direktion in Koblenz hingewiesen. Demnach spielt sie eine bedeutende Rolle bei der praktizierten Flüchtlingspolitik in Deutschland und Europa: „Die Grenzschutzzdirektion Koblenz ist die zentrale Abschiebebehörde der BRD und damit ein wichtiges Instrument europäischer Abschottungspolitik.“ Während die EU-Bürgerinnen und -bürger und die Reichen dieser Welt die Grenzen beliebig überschreiten könnten, finde gleichzeitig eine immer stärkere Abschottung gegenüber den Armen statt. Der Schwerpunkt der Tätigkeit des BGS sei es in diesem Zusammenhang, die östlichen Außengrenzen zu kontrollieren, wie im Schengener Abkommen festgelegt: „Die deutschen Grenzen zu Polen und Tschechien sind inzwischen die bestbewachten Grenzen Europas.“

Tatsächlich hat an den östlichen Grenzen Deutschlands in den letzten Jahren eine Art „Militarisierung“ bei der Grenzüberwachung stattgefunden. Bereits zu Beginn der neunziger Jahre wurde bekannt, dass der Bundesgrenzschutz an den deutschen Ostgrenzen Infrarotelektronik der Bundeswehr einsetzen will, die ursprünglich für den Kriegsfall entwickelt worden ist. Schon damals wiesen verschiedene Organisationen, u.a. auch Pro Asyl, darauf hin, dass sich in derartiger Praxis eine fatale Politik widerspiegle: Neben der erklärten Absicht, die Grenzen für Flüchtlinge dichtzumachen, bediene diese Politik auch rassistische Strömungen in der Bevölkerung, indem sie z.B. das „Feindbild Flüchtling“ schüre.

Gegenüber einem Vorschlag der UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR, auch nichtstaatliche Verfolgung als Asylgrund anzuerkennen, zeigten sich die Teilnehmer des Gipfels in Tampere reserviert. Es sei zu schwer, Grenzen zu ziehen und die Gründe für das Asylbegehr nachzuprüfen. Auch ein ursprünglich geplanter Hilfsfonds für Bürgerkriegsländer, die Ursprung starker Fluchtbewegungen sind, ist an der ablehnenden Haltung der deutschen Regierung zunächst gescheitert.

Chancengleichheit für Behinderte!

Die 2. Behindertenkonferenz der PDS, die am 17.10. in Lohmen stattfand, hat eine Erklärung verabschiedet, die wir stark gekürzt dokumentieren.

1. Das seit 1994 unter aktiver Mitwirkung der PDS im Grundgesetz verankerte Benachteiligungsverbot von Menschen mit Behinderungen ... ist in Deutschland noch immer nicht durch einklagbare Rechte umgesetzt worden. Die reale Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben ist dadurch nach wie vor nicht gewährleistet. Von einer vorrangig auf den Markt fixierten Gesellschaft werden Behinderungen täglich neu geschaffen. Es geht weiterhin darum, einen Paradigmenwechsel durchzusetzen. Die volle Wahrnehmung der Menschen- und Bürgerrechte ist mehr als Nicht-Diskriminierung und samariterhafte Obhutspolitik. (...) Deshalb hat (die PDS) seit Jahren die Forderungen von Behindertenverbänden und Selbsthilfegruppen nach einem eigenständigen Leistungsgesetz unterstützt und eigene Vorschläge für die Hauptinhalte eines Teilhabesicherungsgesetzes in den Bundestag eingebracht. 2. Ein Teilhabesicherungsgesetz soll Frauen, Männern und Kindern mit Behinderungen einen Rechtsanspruch auf soziale Grundsicherung und Nachteilsausgleiche gewährleisten sowie durch die Einklagbarkeit von Benachteiligungs- und Diskriminierungsverboten ihre Selbstbestimmung, Chancengleichheit und volle Teilhabe am Leben der Gesellschaft ermöglichen. (...) Der Ausbau weiterer gesetzlicher Grundlagen – insbesondere die materielle Sicherung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen – soll Modellen selbstbestimmter Lebensführung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens reale Perspektiven eröffnen. Dabei müssen vor allem Erwerbstätigkeit, begleitende, aktivierende und Arbeits-Assistenz sowie die Beseitigung von Kommunikations- und Mobilitätsbarrieren in den Mittelpunkt gerückt werden. Die PDS wird den offenen Dialog mit den Behindertenverbänden und Selbsthilfegruppen weiterhin konstruktiv entwickeln. (...) 3. Die PDS hat in Ostdeutschland eigenständige Gesetzentwürfe erarbeitet, zur öffentlichen Diskussion vorgelegt oder bereits in die Landtage eingebracht, um auf Landesebene möglichst alle Chancen für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen auszuschöpfen. (...) Vorrang sollen Lösungen haben, die weniger zu neuen Sonderregelungen führen, sondern von der Normalität eines gleichberechtigten Zusammenlebens von behinderten und nichtbehinderten Menschen ausgehen. (...) 7. Die Selbstvertretung durch Betroffene ist der entscheidende Ansatz für eine PDS-Politik durch, mit und für Menschen mit Behinderungen. (...)



MAI in Vingrau

von Claudia Bislin, Vingrau

Vingrau ist ein kleines Dorf im Südwesten Frankreichs; die meisten der 450 EinwohnerInnen leben vom Ertrag ihrer Reben. Vor zehn Jahren begann ihr Widerstand gegen den Schweizer Multi Plüss-Staufer, der über seine französische Filiale Omya einen Steinbruch einrichten will – genau oberhalb des Takkessels mit dem besten Rebenland. Sie befürchten, dass die Staubemissionen dieses Steinbruchs (zur Gewinnung von Marmorkreide) das Wachstum der Reben hemmen werden.

12. Oktober 1999, Vollversammlung in Vingrau: Rechts im Halbrund sitzen die Frauen, gut zwanzig, links die Männer, knapp zwanzig. Thema ist der Prozess, den Omya im April 1997 gegen zehn DorfbewohnerInnen von Vingrau angestrengt hat – wegen Behinderung des Rechts auf Arbeit. Der Strafraum beträgt drei Jahre Gefängnis und 300.000 Francs Buße.

Die Vorgeschichte

Als im Herbst 1989 in Vingrau bekannt wird, dass Omya einen Steinbruch plant, organisieren die BewohnerInnen ein Comité de défense, nachdem sie die Gefahr erkannt haben, die ein solcher Steinbruch für ihre Existenzgrundlage bedeutet. Sie erarbeiten einen Zonenplan zur Verhinderung des umweltzerstörischen Projekts. Ein solcher Plan bedarf jedoch der Gutheißung durch den Präfekten des Departements, und dieser unterstützt die Sache des Multis. Und dann kippt der Bürgermeister und schwenkt mit ein paar Gemeinderäten auf die Seite von Omya. Aufgebracht über diesen Verrat, stürmt die Bevölkerung im Mai 1991 das Rathaus, aus dem sie mit brutaler Polizeigewalt vertrieben wird. Doch erst dreieinhalb Jahre später tritt der Bürgermeister zurück. Die Bevölkerung besetzt erneut das Rathaus, um Neuwahlen durchzusetzen.

In der Zwischenzeit untersteht das Dorf direkt dem Präfekten. Zwei Tage vor den Neuwahlen unterzeichnet dieser die Bewilligung für den Betrieb des Steinbruchs ... Wahlgewinner sind mit rund 70% die SteinbruchgegnerInnen.

Nun beginnt der juristische Kleinkrieg mit Einsprachen gegen die Bau- und Abbaubewilligung. Die BewohnerInnen von Vingrau führen nebst ökonomischen auch umweltschützerische Argumente an; sie beantragen, dass das ganze, außerordentlich schöne Gebiet unter Schutz gestellt wird. In der fraglichen Zone befindet sich auch das Nest des seltenen Bonelli-Adlers, zudem



wachsen zwei geschützte Pflanzen. Mit einem Federstrich werden im Herbst 1995 diese beiden Pflanzen von Paris entschützt.

Verschiedene Organisationen aus dem Umweltbereich unterstützen den Widerstand der Dorfbevölkerung. Es gibt Demonstrationen und Informationsveranstaltungen und auch in der Schweiz bildet sich ein Comité de défense für Vingrau. Derweil nimmt der Instanzenzug seinen Lauf. Ein Gericht schützt die Interessen von Vingrau, das nächste jene von Omya. Verliert Omya in letzter Instanz, reicht sie schon das nächste, leicht modifizierte Baugesuch ein, und der Zirkus beginnt von vorn.

Im Juli 1995 reisen 50 EinwohnerInnen von Vingrau nach Zürich, um vor dem Firmensitz der Plüss-Staufer zu demonstrieren. Die Aktion stößt auf ein großes Medienecho. Sämtliche Versuche, mit dem Konzernchef Max Schachenmann in Verbindung zu treten, scheitern. Ebenso erfolglos sind die Versuche, Staatspräsident Chirac zum Intervenieren zu bewegen. Das Dorf erklärt sich aufgrund der systematischen Weigerung der staatlichen Behörden, seine demokratisch geäußerten Argumente anzuhören, zur Kolonie und solidarisiert sich mit den von Atomversuchen bedrohten PolynesierInnen.

Am 20. Oktober 1995 kommt es zu einer großen internationalen Demonstration auf dem zukünftigen Steinbruchgelände und in der Folge zur ersten Besetzung der Zufahrtsstraße. Der Präfekt Bernard Bonnet (er wurde dieses Jahr wegen anderer Delikte in Korsika verhaftet) lässt die Straße sechs Tage später von den Gardes mobiles brutal räumen. Über zwanzig DorfbewohnerInnen, zu meist ältere Menschen, werden verletzt, sechs davon müssen sich im Spital verarzten lassen. Der Präfekt schickt den

DorfbewohnerInnen eine Anklage wegen Gewalt und Drohung hinterher ... Daraufhin tritt der Bürgermeister von Vingrau in den Hungerstreik, ihm schließen sich mehrere DorfbewohnerInnen an. Die damalige Parteichefin der Grünen, Dominique Voynet, macht Vingrau erstmals ihre Aufwartung und sichert Solidarität zu. Nach 18 Tagen schickt Paris drei Vermittler, woraufhin der Hungerstreik abgebrochen wird. Wie zu erwarten war, erreichen diese Vermittler außer dem Abbruch des Hungerstreiks nichts Wesentliches. Omya fährt mit den Vorbereitungsarbeiten fort und aus dem Pariser Umweltministerium kommt grünes Licht für den Kreideabbau – europäische Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftsstandort für multinationale Konzerne scheinen auch dort Vorrang vor ökologischen Grundsätzen zu haben.

Anfang Juli 1996 scheint die große Wende gekommen: Das Appellationsgericht in Bordeaux annulliert die Baubewilligung für die Steinverarbeitungsfabrik der Omya/Plüss-Staufer. In zwei halbseitigen Inseraten in „Le Monde“ jammert der Multi über die schlechte Behandlung und fordert Chirac auf, sich das Dossier Vingrau vorzunehmen. Außerdem will Omya den Bordeaux-Entscheid vom Conseil d'Etat in Paris beurteilt wissen und reicht parallel dazu ein neues Baugesuch – das vierte – ein, das der Präfekt in Windeseile bewilligt. Daraufhin entschließen sich die DorfbewohnerInnen am 8. November 1997, den Zufahrtsweg zu besetzen.

Die Besetzung dauert 7 Monate, während deren die Bevölkerung von verschiedenen Seiten viel Solidarität erfährt und von den Medien gut begleitet wird. Auch Dominique Voynet lässt es sich nicht nehmen, die BesetzerInnen im Rahmen ihrer Wahlkampagne zu besuchen.

Ende April 97 versucht Omya, mit Baumaschinen die Barrikade zu durchbrechen, wird aber von den BesetzerInnen daran gehindert. Nach einem weiteren erfolglosen Versuch am Abend desselben Tages bringen sie um Mitternacht unter dem Schutz der Gendarmen über einen Privatweg ihre Baumaschinen aufs Gelände. Doch die Besetzung des Hauptzufahrtswegs geht weiter. Im Mai hebt dasselbe Appellationsgericht in Bordeaux, allerdings in neuer Besetzung, auf Druck von Paris seinen für Vingrau günstigen Entscheid auf. Omya ist somit im Besitz einer gültigen Baubewilligung.

Die Geschichte von Vingrau ist aber nicht nur die Geschichte einer Niederlage

Als Anfang Juni die Sozialisten die Wahlen gewinnen und Dominique Voynet Umweltministerin wird, steigen die Hoffnungen wieder. Am Tag nach den Wahlen karrt Omya etwa 50 ArbeiterInnen mit einem Bus vor die Barrikade; einige von ihnen verschaffen sich mit Gewalt den Durchbruch. Sie werden von 15 Privatbullen mit Hunden begleitet. Daraufhin brechen die DorfbewohnerInnen die Besetzung ab, da sich die Auseinandersetzung auf eine falsche Ebene verlagert hat.

Es kommt zu langwierigen Verhandlungen zwischen Omya, Vingrau und Vertretern des grünen Umweltministeriums Paris. Alles in allem ein Leerlauf, der nur dazu diente, das Widerstandspotential zu untergraben und sämtliche juristischen Interventionsmöglichkeiten ungenutzt verstreichen zu lassen. Wut und Enttäuschung ob dieser Hinhaltetaktik sind groß, und so treten Ende Januar 1998 sechs Frauen von Vingrau am alten Besetzungsplatz im Mobilhome in einen Hungerstreik. Dieser wird von Anfang breit unterstützt, im Verlauf der drei Wochen gibt es drei Demonstrationen in Perpignan. Eines Abends taucht unter Polizeischutz und Presserummel Madame Voynet auf, gibt sich erschüttert und bietet eine ehemalige Umweltministerin als Vermittlerin an. So geht nach 21 Tagen auch dieser Hungerstreik zu Ende – nur um bei den ersten Verhandlungen festzustellen, dass die Vermittlerin namens Bouchardau klar auf Seiten von Omya steht.

Heute ist Omya im Besitz sämtlicher Bewilligungen, hat die Steinbrecheranlage gebaut und mit dem Abbau ihres Füllstoffs begonnen.

Die Geschichte von Vingrau ist aber nicht nur die Geschichte einer Niederlage. Im Verlauf des Kampfes haben die SteinbruchgegnerInnen Erfahrungen gesammelt, die sie nicht mehr missen möchten. Sie fühlen sich bereichert durch die vielen Kontakte mit solidarischen Menschen aus dem In- und Ausland, und die Zeit der Besetzung war insbesondere unter den Frauen sehr intensiv. Die Leute sind der Meinung, dass sie alles versucht haben, was in ihren Möglichkeiten steht; es darf aber in diesem

Staat offenbar nicht sein, dass ein kleines Dorf gegen einen großen Multi gewinnt. Das noch nicht zustande gekommene MAI-Abkommen der WTO wurde hier bereits angewandt. Der Staat und seine Gerichte schützen die Interessen der Wirtschaft, Demokratie hin oder her, Umweltschutz hin oder her – das ist die Lektion. Das Vertrauen in die PolitikerInnen und ihre hohen Versprechen ist daher rapide gesunken, die Wahlbeteiligung bei nationalen Wahlen ebenso. Die letzten kümmerlichen Hoffnungen konzentrieren sich auf Europa. Mit seinem Vorgehen hat der französische Staat europäische Umweltschutzrichtlinien verletzt, die Klage läuft – aber bis da ein Entscheid fällt, ist wohl der halbe Berg abgetragen. Die Verhandlung am 14. Oktober vor dem Bezirksgericht Perpignan dauerte zwei Stunden, während deren sich vor allem der Pariser Anwalt von Omya unvorteilhaft in Szene setzte; er stellte die DorfbewohnerInnen von Vingrau als HinterwäldlerInnen dar und beklagte sich über die jahrelange „Guerillataktik“, mit welcher das Steinbruchvorhaben verhindert worden sei.

Das Urteil gegen die zehn Angeklagten wird am 15. November eröffnet.

Russland

Vor den Duma-Wahlen im Dezember 1999

Aktuelle wirtschaftliche Situation

Russland befindet sich in einer umfassenden politischen und wirtschaftlichen Krise. Die vom IWF, von der Weltbank und der „Partei der Macht“ betriebene Transformation der russischen Gesellschaft in einer desolaten und maroden Wirtschaft führte zu einem eklatanten Absturz aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Die Verluste am nationalen Reichtum während der letzten Jahre betragen das Dreifache der Verluste der UdSSR im Zweiten Weltkrieg.

Bis heute konnte mit Ausnahme einiger Stabilisierungsergebnisse in den acht Monaten der Primakow-Regierung kein Umschwung in der Wirtschaft erreicht werden. 1998 sank das Produktionsvolumen im Vergleich zu 1990 auf 42%, das Bruttoinlandsprodukt gegenüber 1991 auf 50%. Rund 60% der Nahrungsgüter im Handel kommen aus Importen, 82% der Agrarunternehmen schreiben rote Zahlen. In den letzten 10 Jahren verringerte sich das Durchschnittseinkommen um zwei Drittel und betrug im Januar 1999 10% der entsprechenden Kennziffer in den USA. Ende 1998 verfügten über 40 Mio. Bürger über Einkünfte unterhalb des Lebensminimums. Die Auslandschulden wuchsen auf über 145 Mrd. \$ an (etwa 1000 \$ pro Kopf der Bevölkerung). Nur für die anfallenden Zinsen muss Russland in diesem Jahr 18 Mrd. \$ be-

reitstellen. In den Händen von 2 bis 3% der Bevölkerung konzentriert sich der größte Anteil privaten Reichtums. 500 Großunternehmen mit einem Grundwert von 200 Mrd. \$ wurden privatisiert und dabei zu 3% ihres Wertes veräußert. Jährlich fließen 20 bis 25 Mrd. \$ ins Ausland, wogegen die Privatbanken weniger als ein Viertel ihrer Geldanlagen in den produzierenden Realsektor der russischen Wirtschaft einbringen.

Die Exportstruktur (vor allem Rohstoffe) entspricht dem Niveau eines Entwicklungslandes.

Der Zerfall der Wirtschaft geht mit einer Krise in allen Bereichen der Gesellschaft einher. Nicht nur das Finanz- und Banksystem, sondern die gesamte staatliche Verwaltung, die Beziehungen zwischen Föderationszentrum und Regionen sind von ihr betroffen. Diese umfassende Systemkrise unter Bedingungen einer extrem autoritären, auf die Allmacht (und damit auch Willkür) des Präsidenten zugeschnittenen Verfassung ist aufs Engste mit einem Verlust jeglichen Vertrauens in Staat und Gesellschaft, dem Zusammenbruch von Lebenswerten ganzer Generationen verbunden. Große Teile der Elite sind in mafiosen Strukturen verstrickt. Die Massenmedien befinden sich mehrheitlich in den Händen bzw. unter Kontrolle einiger Oligarchen und werden von der herrschenden Elite zur Meinungsmanipulierung missbraucht. Dies gilt insbesondere für die Diskreditierung der linken Opposition und das Beschwören des Gespenstes der „kommunistischen Gefahr“ sowie für das Nachbeten westlicher Lebenswerte.

In den acht Monaten der Regierung Primakow zeichnete sich eine gewisse Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage ab. Die Duma zeigte ihr gegenüber ein für russische Verhältnisse ungewöhnliches Wohlverhalten. Im absehbaren Prestiegewinn für die Duma und Primakow, insbesondere aus konsequenterem Durchgreifen in ökonomischen Fragen und im Kampf gegen die Korruption, sahen der Jelzin-Clan, Oligarchen wie Beresowskij, „Reformer“ um Gaidar, Nemzow und Tscheromyrdin eine Gefahr. Das erklärt die Hetzkampagne gegen die Primakow-Regierung und einzelne ihrer Mitglieder. Von der linken Opposition wurden diese Angriffe als Kennzeichen einer „neoliberalen Revanche“ gewertet. Besonders deutlich zeigte sich dies in den Auseinandersetzungen um die Absetzung des Generalstaatsanwalts Skuratow (Aufdecken der Korruption in den obersten Eliteetagen) und um gerichtliche Schritte gegen Beresowskij. Wie später im Impeachmentverfahren gegen den Präsidenten fehlte es einer Reihe von Spitzopolitikern (u.a. Strojew als Vorsitzender des Föderationsrates) an Mut z.B. für eine gemeinsame Tagung der Duma, des Föderationsrates und der Regierung zwecks entschiedener Maßnahmen gegen die Jelzin-Administration. Bezeichnend ist auch in diesem Zusammenhang das

Machtspiel des Jelzin-Clans, Jelzins Umgang mit Primakow. („Vorläufig ist Primakow nützlich, dann aber werden wir sehen.“) Das Image Primakows ist auch nach seiner Ablösung in der Bevölkerung weiterhin hoch. Er gehört zu den populärsten Politikern, mit dem bei den bevorstehenden Wahlen zu rechnen ist.

Die politischen Hauptkräfte

Eine recht bunte und nur gegen die Linken (nicht auf der Basis einer inhaltlichen Konzeption) verbundene Mischung stellen die Pro-Jelzinkräfte und „Reform“-Parteien dar. Obwohl vor allem die USA auf Tschernomyrdin als Nachfolger Jelzins setzten, hat seine Partei „Unser Haus Russland“ in der Öffentlichkeit ebenso an Einfluss verloren wie die Kräfte und Bewegungen um Gaidar, Tschubais, Nemzow und Kirjenko.

Eine relativ selbständige Größe ist „die Familie“ um Jelzin, seine Tochter Tatjana Djatschenko als Imageberaterin des Präsidenten. Sie wird beeinflusst von einflussreichen Personen wie den Oligarchen Beresowskij, Jumaschew, Woloschin (ehemaliger und jetziger Chef der Präsidentenadministration), Abramowitsch. Die Kräfte um Beresowskij und Tschubais versuchen die Kontrolle über die natürlichen (staatlichen) Monopole, die Finanzen, die natürlichen Ressourcen und die Außenpolitik zu erhalten. Es geht darum, über welche kommerzielle Strukturen und wohin die Gelder solcher Giganten wie Gasprom (Tschernomyrdin, Wjachirew), RAG Energieverbund (Tschubais), des Ministeriums für Verkehrswesen (Aksjonenko), Logovas, Teile des ORT Fensehkanals (Beresowskij), AFK „Sistema“, NTW Fernsehkanal, Mostbank, Oneximbank (Gusinskij), „Permskiye Motory“ Flugzeugbau (Potanin) und des militärisch-industriellen Komplexes fließen werden.

Als windiger Provokateur und Zerstörer und zum Auffangen von Wählerstimmen aus nationalistischen Kreisen wird weiterhin Shirinowski genutzt, der das Verbot der KP, die Umbettung Lenins und den Notstand fordert. Die rechten Kräfte um Nemzow, Tschubais, Gaidar u.a. bemühen sich um eine neue Sammlungsbewegung „Prawoje Delo“ („Ge-rechte Sache“).

Eine abwartende Haltung hinsichtlich seiner inhaltlichen Wahlplattform und personellen Einsatzes nimmt der Gouverneur von Krasnojarsk, Lebed, ein. Aktiviert haben sich verschiedene Gouverneure, insbesondere Titow (Samara), Ajazkow (Saratow), der Präsident Tatarstan Schamijew, die durch Bildung eigener Bewegungen wie z.B. „Ganz Russland“ oder „Stimme Russlands“ größeren Einfluss auf das politische Geschehen nehmen wollen. Eine gewisse Eigenständigkeit hat noch die „Jablok“-Bewegung unter Jawlinskij, die über andere Reformkonzepte verfügt, jedoch ihre Anti-Jelzinhaltung mit grobem Antikommunismus verbindet und bei Ent-

scheidungen größeren Schwankungen unterliegt. Da sie nicht direkte Verantwortung in von Jelzin eingesetzten Regierungen getragen hat, kann die Jawlinskij Bewegung bei Dumawahlen auf ca. 10% der Wählerstimmen kommen.

Eine neue, einflussreiche und ernstnehmende Bewegung ist mit „Otetschestwo“ (Vaterland) unter Führung des Moskauer Bürgermeisters Luschkow entstanden. Luschkow wies scharf alle verfassungsfeindlichen Umsturzpläne zurück und erklärte sich zum Interessenvertreter Russlands. Obwohl diese Bewegung voller innerer und personeller Widersprüche ist, wird sie von der KPRF als politischer Hauptkonkurrent in den bevorstehenden Wahlen, aber auch als ein möglicher Partner im Ringen um Einhaltung der Gesetzlichkeit angesehen. Dies um so mehr, da sich inzwischen die „Otetschestwo“ und „Ganz Russland“ zu einem Wahlbündnis zusammengeschlossen und als ihren Spitzenkandidaten Primakov gewonnen haben.

Jelzin und einzelne Gouverneure verbreiteten Spekulationen über einen bereits „nominierten“, jedoch erst später bekannt zu gebenden Nachfolgekandidaten. Einen solchen Kandidaten, gibt Jelzin vor, habe er im bisherigen Chef des inneren föderativen Sicherheitsdienstes FSB Putin gefunden. Putin ist überzeugter „Marktwirtschaftler“, ein ehemaliger Weggefährte von Sobtschak und Tschubais. Er könnte eine wichtige Rolle für die Durchführung der Wahlen und bei der Lieferung von kompromittierendem Material, für die Sicherheit Jelzins und seines Clans, ja auch bei einem Ausnahmestand spielen.

Von einer eigenständigen Größe Putins ist kaum auszugehen. Entscheidend werden die tatsächlich hinter ihm stehenden Teile der Hierarchie und Elite und vor allem die politische Praxis in den nächsten Monaten sein.

Mit zunehmender Schärfe wird die antikommunistische Hetze eskaliert, mit Hilfe der Putin-Regierung soll ein Sammelbecken verschiedener politischer, antilinker Kräfte geschaffen werden, mit dem die Wahl einer von der Volkspatriotischen Union dominierten Duma verhindert werden soll. Das Vorgehen der Putin-Regierung in der Tschetschenien-Frage bestätigt diese Tatsache. Mit Ausrichtung der Propaganda auf die „Be-kämpfung des Terrorismus“ werden nationalistisch, großrussisch denkende Kreise angesprochen und für die bevorstehenden Wahlen mobilisiert.

In der Bewegung „Ganz Russland“ der linken und patriotischen Opposition ist die KPRF mit ca. 600.000 Mitgliedern die organisiertesten politische Kraft. Sie erhielt 1994 6 Mio., 1995 15,6 Mio. und 1996 (Präsidentenwahl) 40 Mio. Wählerstimmen. Mit den Abgeordneten der Agrarpartei und der Gruppe „Volksmacht“ verfügt sie in der jetzigen Duma über 163 (=42%) Sitze (davon 137 KP-Mitglieder).

Probleme in der linken Bewegung

Mit Hinblick auf die kommenden Wahlen ist die Zersplitterung der linken Kräfte ein wesentliches Problem. Diese beginnt schon in den Reihen der kommunistischen Bewegung, in der KPRF. Kräfte um Iljuchin und Makaschow, wie auch andere kommunistische Splitterparteien um Anpilow und Tjulkin. Im linken Spektrum gibt es extrem linke Kräfte, eine patriotische humanitäre Aufklärungsschicht, radikal nationale Patrioten. Einen kritischen Akzent setzte mit der Bildung einer eigenen Bewegung „Wiedergeburt und Einvernehmen“ der Gouverneur von Kemerovo, Aman Tulejew. Die Agrarpartei hat sich gespalten.

Als ein besonderes Problem - auch für die KPRF - wird angesichts der veränderten sozialen Lage die Haltung zum so genannten „Mittelstand“ betrachtet. Dazu gehören u.a. Angestellte der 1500 Geschäftsbanken, kleiner juristischer und Beraterfirmen, privat praktizierende Ärzte, Kleinhändler, Straßenhändler, „Rucksackhändler“, Teile der Studentenschaft, Vermittler u.a. Dabei handelt es sich um ca. 50 Mio. Menschen, von denen viele z.T. über eigene materielle Möglichkeiten verfügen. Auch wenn ein Teil dieser Bürger als Spekulanten in mafiosen Geschäften wirkt, können nicht alle diese „neuen“, durch den Zerfall der Gesellschaft in den Mittelstand geratenen Bürger, in ihrer Mehrheit Hochschulabsolventen der UdSSR, als Spekulanten oder Kleinbürger eingeordnet und damit anderen Parteien zugetrieben werden. Sie stellen ein bedeutendes Wählerpotential auch für die KP dar; zumal sie in ihrer Mehrheit nicht Jelzin unterstützen. Soziale Unsicherheit, unsichere Zukunft für das Land und die Kinder, nationale Erniedrigung, Schutz vor Kriminalitätsauswüchsen sind jedoch durchaus Themen, die diese Schichten ansprechen.

Die nächste Zeit wird deutlich machen, dass es bei den kommenden Wahlen nicht mehr nur um die Frage „für oder gegen Jelzin“ geht, sondern um den Ausweg aus der Krise, um die Haltung zu den Reformen und um das klare Profil der Kandidaten,

Nach Einschätzung realistisch denkender Kreise, u.a. aus der Luschkow-Bewegung, könnte das Land auf einem originären russischen Weg zur Demokratie aus der Krise geführt werden. Dabei könnte es sich nur um eine Demokratie in Verbindung mit einem starken Staat, gestützt auf die Kraft und den politischen Willen der Machtausbürenden handeln. Das sei die entscheidende Voraussetzung für eine stabile Entwicklung des Landes.

Bei entsprechender Verständigung über Spielregeln der bevorstehenden politischen Auseinandersetzungen gehen politische Beobachter davon aus, dass die KPRF, die Bewegungen „Vaterland“ und „Jablok“ über 60% der Stimmen gewinnen könnten. Arbeitskreis Russland beim Partivorstand der PDS, aus Platzgründen leicht gekürzt



Proteste in Paris

Die Großkundgebung gegen die Arbeitslosigkeit (Bild), zu der die Kommunistische Partei aufgerufen hatte, wurde ein großer Erfolg. Mehr als 50 000 Menschen demonstrierten durch die Straßen von Paris. An der Spitze des Zuges schritt neben den Vertretern linksradikaler Parteien und kleinerer Formationen der linken Regierungskoalition der KPF-Vorsitzende Robert Hue, der Mitte September unter dem Eindruck der vom Reifenkonzern Michelin angekündigten Massenentlassungen zu der Demonstration aufgerufen hatte. Die Initiative war allerdings ohne Absprache mit den anderen Partnern in der Linkskoalition ergriffen worden, von denen sich die meisten ebenso wie fast alle Gewerkschaften und selbst einige Arbeitslosenorganisationen von der Demonstration distanzierten. Die Hauptkritik der Demonstranten richtete sich gegen die großen Konzerne, die trotz Rekordgewinnen in großem Umfang Beschäftigte entlassen. Für die Einführung der 35-Stunden-Woche werden den Unternehmen überdies 100 Milliarden Francs an Sozialabgaben erlassen, ohne dass sie im Gegenzug verbindliche Zusagen für neue Arbeitsplätze abgeben.

Während der Demonstration waren zahlreiche regierungskritische bis feindselige Töne zu hören: „Jospin schwenkt nach links“ – „Wir wollen endlich eine 100-prozentig linke Politik“ „Die Unternehmer entlassen, Jospin ist ihr Komplize“ – „Schluss mit den Privatisierungen!“ Gefordert wurden die Anhebung von Sozialhilfe und gesetzlichen Mindestlöhnen, die Umwandlung des auf fünf Jahre befristeten Beschäftigungsprogramms für Jugendliche in ein Programm für Dauerarbeitsplätze und mehr Mitbestimmung in den Betrieben.

Schülerproteste in Frankreich

Rund 100 000 SchülerInnen demonstrierten am 14.10. in verschiedenen Städten Frankreichs, darunter knapp 10 000 in Paris. Bereits in der Vorwoche waren rund 150 000 auf die Straße gegangen. Die Protestbewegung wirft dem sozialistischen

Bildungsminister Claude Allègre vor, seine nach den Schülerprotesten vom Oktober 1998 gemachten Versprechungen – zusätzliche Mittel und kleinere Klassen – nicht eingehalten zu haben. In Paris kam es im Anschluss an die Demo zu Zusammenstößen zwischen mehreren Dutzend Jugendlichen, die meist aus den Banlieues (Vorstädten) stammten, und der Polizei. *Libération* berichtete von Polizeiübergriffen gegen Jugendliche in der Métrostation République, an der auch Angehörige des Sicherheitsdienstes der Métro beteiligt gewesen seien. Anlass für die Misshandlungen seien zwei verletzte Polizisten gewesen. Die Schüler-Organisationen haben zu weiteren Demonstrationen aufgerufen.

Der „Mailand-Pakt“ stößt auf Widerstand

Ende Juli hatte der Mailänder Oberbürgermeister Albertini zusammen mit Unternehmerverbänden die Gewerkschaftsbünde CISL und UIL (nicht CGIL) auf eine Vereinbarung einschwören können, mit der extrem niedrig bezahlte und rechtlose Arbeitsverhältnisse in vielen Dienstleistungsbereichen der Stadt vorbereitet werden sollen. (PB 18/99) Das Vorhaben hat aber heftige Reaktionen – auch zwischen den Gewerkschaften – ausgelöst. Die Verhandlungen gehen bisher nicht so voran, wie Albertini wollte. Die (traditionell christdemokratisch angelehnte) CISL ist unter dem Eindruck der Kritik ein Stück weit zurückgerudert und hat einige Bedingungen wie die Respektierung bestehender Tarifverträge formuliert. Dennoch wird aber verhandelt. Gegen die drohende extreme Deregulierung hat sich ein Komitee gegründet, das in der Öffentlichkeit gegen den Pakt auftritt. Vor allem linke Kräfte und von den Plänen Betroffene haben sich in dem Komitee zusammengeschlossen, darunter einige selbstverwaltete Soziale Zentren, die Koordinierung betrieblicher Gewerkschaftsvertretungen, basisgewerkschaftliche Kräfte, Studentenvereinigungen und Komitees gegen prekäre Arbeiten.

Bulgarien: USA planen Militärstützpunkt

Noch vor Bulgariens Nato-Beitritt streben die USA danach, sich militärisch am Schwarzen Meer niederzulassen. Die Nachricht stand zuerst in einer russischen Zeitschrift: Die USA hätten mit der Regierung in Sofia eine geheime Absprache über die Errichtung einer Militärbasis getroffen. Unmittelbar danach wurde offiziell angekündigt, dass US-Präsident Bill Clinton am 14.11. Sofia besuche. Präsident Stojanow gab bei dieser Gelegenheit zwar keine unmissverständliche Antwort auf die Frage, ob die russische Information der Wahrheit entspricht, erklärte jedoch, dass er die Errichtung von USA-Basen in Bulgarien unterstützen würde. Außerdem lud er US-amerikanische Kriegsschiffe zu zeitweiligem Aufenthalt in Warna ein. Die öffentliche Meinung Bulgariens ist in dieser Frage besonders empfindlich: Es gab in jüngerer Vergangenheit nie ausländische Militärbasen im Lande. Als man Mitglied des Warschauer Vertrags war, hatte man zwar sowjetische Militärberater, doch fremde Streitkräfte und Waffen waren hier nie stationiert. – Die Presse will bereits erfahren haben, dass besagter Stützpunkt in der Nähe des nordostbulgarischen Silistra entstehen soll, um unter anderem den Transport kaspischen Erdöls gen Westen abzusichern. Tatsache ist: Ein Rahmenabkommen zwischen dem bulgarischen Generalstab und dem Pentagon wurde jüngst von der Regierung genehmigt. Es regelt die Zusammenarbeit bei gemeinsamen Manövern. Bulgarien wird den USA demnach bezahlten Zugang zu Militärstützpunkten, Häfen und Flugplätzen überlassen und den rückwärtigen Dienst übernehmen.

Peru: Massive Proteste gegen dritte Amtszeit Fujimoris

(Lima, pulsar Poonal). – Tausende demonstrierten am 14.10. in verschiedenen Städten des Landes gegen eine dritte Amtszeit von Präsident Fujimori. Vor dem Kongressgebäude und dem Amtssitz des Präsidenten versammelten sich ArbeiterInnen, StudentInnen und RentnerInnen. Der Protest war vom Gewerkschaftsbund CGTP ausgerufen worden. TaxifahrerInnen hatten die Zufahrten zum zentralen Busbahnhof blockiert. Als die Polizei räumen wollte, kam es zu blutigen Auseinandersetzungen. In den im Süden des Landes gelegenen Städten Cuzco, Arequipa, Puno, Tacna, Ayacucho und Huancayo kam es sogar zum Generalstreik. Im Norden Perus wurde der Streikauftrag nur teilweise befolgt. Dort verliefen die Demonstrationen ohne Zwischenfälle. Der CGTP-Generalsekretär Juan Jose Gorriti erklärte, der Streik sei ein durchschlagender Erfolg gewesen. Für die Zukunft seien mehr Protestaktionen geplant.

Zusammenstellung: hav

WIDERSTAND

Am Mittwoch, den 13.10.99 hat der Gouverneur von Pennsylvania, Thomas Ridge, einen neuen Hinrichtungsbefehl für Mumia Abu-Jamal unterzeichnet. Geht es nach dem Wollen von Ridge und den hinter ihm stehenden mächtigen Interessenverbänden, soll Mumia am 2. Dezember im To-destrakt von SCI Green durch die Giftspritze sterben. Seitdem fanden weitere, meist kleinere, Demonstrationen, Kundgebungen oder Mahnwachen statt, u.a. in Hamburg (Bild), Kaiserslautern, Berlin, Wien, Amsterdam, Paris, Philadelphia, Chicago, Detroit, Charlotte-North Carolina, New York, Boston ... Alle demokratisch gesinnten Menschen und Gruppen sind aufgerufen, für das Leben und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal zu kämpfen.



Anti-AKW-Bewegung durfte WanderDenkMal nicht enthüllen

BREMEN. Am 16.10. sollte auf dem Bahnhofsvorplatz in Bremen im Rahmen einer Kunstperformance ein WanderDenkMal enthüllt werden, welches auf die Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung und auf die bevorstehenden Auseinandersetzungen um die Nutzung der Atomenergie hinweisen soll. Das Stadtamt hat aber die Enthüllung untersagt. Begründet wird das Verbot mit der Vermutung, es handele sich bei dem Kunstdenkmal um die Darstellung einer sog. Hakenkralle, die eingesetzt wurde, um die Deutsche Bahn unter Druck zu setzen, die CASTOR-Transporte auf ihrem Schienennetz einzustellen. Das Zeigen des Denkmals sei daher eine Aufforderung zu Straftaten. Das Bremer Anti-Atom-Forum rief trotzdem zur Kundgebung auf und erklärte: „Wenn sie das selbst ernst nehmen würden, müßten sämtliche ihrer Kriegsdenkmäler abgerissen werden. Wir werden mit allen juristischen und politischen Mitteln gegen diese Entscheidung des Stadtamtes vorgehen!“

Aus: PM des Bremer Anti-Atom-Forums

Not Yellow but Green – Aktion von Robin Wood auf der Klimakonferenz

BONN. Zum Auftakt der internationalen Klimakonferenz in Bonn protestierte Robin Wood gegen die Benachteiligung von Öko-Strom auf dem liberalisierten Strommarkt. Vor dem Kongressgebäude ließen die UmweltaktivistInnen an einem Zeppelin ein Banner in die Luft steigen mit der Aufschrift: NotYellow, but Green. Ihre Kritik lautet kurzgefaßt: Nachdem sich die Energiekonzerne jahrzehntelang unnötige Kraftwerksskapazitäten von den VerbraucherInnen finanzieren ließen, nutzen sie diese nun dazu, einen nie dagewesenen Preiskrieg zu führen. Dieser setzt die Stadtwerke und andere Betreiber kleiner Energiesysteme unter Druck, obwohl gerade sie für die Ökologisierung der Stromversorgung unverzichtbar sind. Die Folgen sind fatal: Ersten Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopp lung droht bereits die Abschaltung.

Robin Wood fordert: Die Bundesregierung soll endlich die Förderung der regenerativen Energie und der Kraft-Wärme-Kopplung in das Energiewirtschaftsrecht aufnehmen. Nach PM v. 25.10.

Aktionen von Ja-GelöbNIX am 15. Oktober in Stuttgart

STUTTGART. Mehrere hundert Militärgegner drückten auf vielfältige Weise ihren Protest gegen das öffentliche Gelöbnis der Bundeswehr auf dem Stuttgarter Schloßplatz aus: Mit der Aktion „Ganz in Weiß“ wurde die Stadt symbolisch vor dem von Soldaten ausgehenden Gewaltvirus geschützt. Aus mitgebrachten Radios ertönte Sirenengeheul und Schlachtenlärm, um die Kriegsgefahr zu verdeutlichen. Die Rekruten wurden mit „Mörder, Mörder“-Rufen und Pfiffen bedacht. Das eigentliche Gelöbnis geriet dadurch zur Nebensache. – Im Bündnis „Ja, GelöbNIX!“ arbeiteten seit einigen Monaten verschiedenste Gruppen aus Stuttgart und Baden-Württemberg zusammen. Dabei gab es eine solidarische Zusammenarbeit zwischen Initiativen und Friedensbewegung wie der DFG-VK und dem Friedensnetz Bad.-Württ. und Gruppen aus dem linksradikalen und autonomen Spektrum wie der Stuttgarter Gruppe AQuadrat, der Autonomen Antifaschistischen Aktion Stuttgart und dem Autonomen Zentrum Marbach a.N. Die Stadt Stuttgart glich einer Stadt im militärischen Belagerungszustand. Durch ein massives Polizeiaufgebot wurde versucht, demokratischen Protest einzuschüchtern oder gar zu verhindern.

Aus: PM „Ja, GelöbNIX!“, 15.Okt. 99



30. November: Globaler Aktionstag gegen „Frei“-Handel und WTO

BERLIN. Die Welthandelsorganisation (WTO), eine der mächtigsten Institutionen, in deren Rahmen die neoliberalen Ausbeutungsmaschinerie gepuscht wird, trifft sich am 30. November in Seattle zu ihrer (dritten) Ministerkonferenz, mit einem Programm in der Tasche, fürs nächste Jahrtausend eine noch weitreichendere „Liberalisierung“ des Welthandels durchzusetzen. Wie schon bei der letzten Konferenz haben sich auch diesmal im Rahmen von „Peoples Global Action against ‚free‘ Trade and WTO“ (PGA) AktivistInnen aus aller Welt dazu entschlossen, einen globalen Aktionstag zu machen. In Amerika ist z.B. eine Karawane unterwegs, die kreuz und quer durch die Staaten zieht, um in Form von „Teach Ins“, Straßentheater, „Reclaim the Streets“ und ähnlichem auf die Gefahren von „Frei“-Handel, WTO und Globalisierung aufmerksam zu machen. AktivistInnen aus Lateinamerika nehmen am 2. Abschnitt der Karawane teil, die als „West Coast Caravan“ von San Diego an der Grenze zu Mexiko nach Seattle ziehen wird. In Deutschland mobilisieren für den 30.11. etliche Anti Expo-Zusammenhänge zu Aktionen. Das nächste Vernetzungstreffen wird dazu am 14. Nov. in Bielefeld stattfinden. Eine Aktionszeitung ist bereits erschienen: Redaktion Ö-Punkte, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen, Tel. 06401/903428-3, Fax -5. <http://come.to/netzwerk-gegen-neoliberalismus>

Plakatwettbewerb der Kampagne gegen Abschiebungen

KÖLN. Das bundesweite Netzwerk *kein mensch ist illegal* ruft auf, ein Plakat gegen die Abschiebungen durch die Lufthansa zu erstellen, das dann von der Kampagne gegen Abschiebungen bundesweit eingesetzt werden kann. Es soll auf einem qualitativ gutem DIN A1-Papier gedruckt werden, Mehrfarbdruck ist möglich. Plakatentwürfe bitte bis zum Jahresende schicken an: kölner netzwerk *kein mensch ist illegal*, c/o Ev. Gemeinde Nippes, Siebachstr. 85, 50733 Köln. fi

Hohe Abwasserprieze treiben Leute auf die Straße

POTSDAM. Im trockenen, heißen Sommer machte in Brandenburg eine Gruppe von Einwohnern des Ortes Damsdorf (Potsdam-Mittelmark) auf sich aufmerksam. Da bisher alle Versuche einer Neuregelung der hohen Abwasserprieze in den brandenburgischen Gemeinden gescheitert waren, traten etliche Bewohner des Ortes in den Hungerstreik. Sie wollten Kommune und Land auf die untragbare Situation der hohen Abwassergebühren aufmerksam machen. Eine Kolonne von Politikern machte sich in Richtung des unbekannten Ortes Damsdorf auf, um mit den Hungerstreikenden zu verhandeln. Ihnen stattete auch Manfred Stolpe einen Besuch ab. Die Wahlen in Brandenburg standen bevor! Endlos wurde verhandelt und versprochen.

Der neue Umweltminister Birthler (SPD) erklärte dann später, er lehne die Einführung einer Kappungsgrenze strikt ab. Darum gehe es überhaupt nicht, wurde ihm von der inzwischen gegründeten *Initiative für sozialverträgliche Abwassergebühren* geantwortet. Notwendig sei lediglich, dass die Bürger nur mit den tatsächlichen Kosten für das Abwasser belastet würden. Dafür seien allerdings Tiefenprüfungen erforderlich. Umgelegt werden nämlich die aus den Investitionen und Bauaufwendungen entstandenen Kosten. Gleichzeitig wurden nach 1990 unverhältnismäßig viele Abwasseranlagen gebaut, die den neu entstandenen Zweckverbänden in die Hand gegeben wurden und die nun mit den überteuerten Aufwendungen und Kosten fertig werden müssen. Diese legen wiederum die Kosten auf die Verbraucher um.

Die Initiative fordert von der Landesregierung die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, die Aufhebung von Zwangsvollstreckungsaufträgen und eine Tiefenprüfung, um Bedingungen für eine kostengünstige dezentrale Abwasserentsorgung schaffen zu können.

Da alle diese Verhandlungen bisher nichts erbrachten, beschloß die Gruppe einen Marsch auf Berlin. Vor dem Deutschen Bundestag protestierten sie gegen die Verschleppung ihres Problems. Sie forderten Bundeskanzler Schröder auf, auf die Lage in Brandenburg Einfluß zu nehmen.

„Wenn nötig marschieren wir nächsten Sommer nach Brüssel“, erklärte die Sprecherin der Initiative. Offenbar wird das notwendig, denn bisher gibt es keinen Fortschritt in den Verhandlungen zwischen Landesregierung und Betreibern, bzw. Investoren. Schon im voraus gedacht, protestierte deshalb die Bürgermeisterin eines der betroffenen Orte gegen die Absicht der Regierung, bei einer neuen Ausschreibung die Investoren gleichzeitig zu Betreibern der Abwasseranlagen zu machen. *abe*

13jähriger Kurde wird nicht abgeschoben – Proteste gegen unmenschliche Flüchtlingspolitik hatten Erfolg

Nach monatelangen Protesten gegen die inhumane Abschiebepraxis in Baden-Württemberg wurde im Fall des 13jährigen Kurden Sükrü Polat, der sich seit drei Monaten aus Angst vor Abschiebung in Südbaden versteckt hält, ein Erfolg erzielt.

Am Freitag erteilte das zuständige Regierungspräsidium eine Duldung, bis sein Vater Ömer Polat seine deutsche Freundin in der Türkei geheiratet hat und damit wieder nach Deutschland einreisen darf. Der 41jährige Kurde, der acht Jahre lang in Südbaden gelebt hat, war am 12. Oktober auf einem Standesamt am Bodensee entgegen einer behördlichen Zusage auf freies Geleit verhaftet und anschließend abgeschoben worden. »Auch jene, die Gesetze nur ausführen, müssen sich an die Gebote der Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit halten«, kritisierte eine Sprecherin der Grünen vor 500 Demonstranten in Freiburg das Vorgehen der Behörden gegen die kurdische Familie. Die Ausländer- und Asylpolitik sei von »politisch gewollter Inhumanität« geprägt, sagte Pfarrer Christian Keller. Zur Kundgebung am Freitag hatten mehrere Kirchengemeinden und Ausländerinitiativen aus der Region aufgerufen.

Abschiebung

Die Geschichte des Ömer Polat

Die Geschichte des Ömer Polat hat seit Monaten in Südbaden für einige Aufmerksamkeit gesorgt. Er kam 1992 nach Deutschland, seine beiden Söhne Mehmet (17) und Sükrü (12) kamen 1996 nach, ihre Mutter war in der Türkei gestorben.

Ömer Polat, der zeitweise bei Radio Dreyeckland mitgearbeitet hatte, hielt sich seit dem Ende seiner Asylverfahren im Frühjahr 1999 versteckt, die beiden Söhne lebten bei ihrem Onkel. Dieser war mit einer ähnlichen Fluchtgeschichte wie

Ömer Polat anerkannt worden, nur bei Ömer entschied das Verwaltungsgericht Freiburg: alle Asylanträge werden abgelehnt inklusive Folgeanträge.

Zahlreiche Anträge auf Rechtsschutz im Folgeverfahren wurden immer wieder von derselben Richterin Neumann abgelehnt, obwohl die Angelegenheit längst auch der türkischen Seite bekannt geworden war, Zeitungen und Radio darüber berichteten; das Lotteriespiel in Asylverfahren ist mal wieder offenkundig. Selbst eine Verfassungsbeschwerde



Ca. 500 Menschen protestierten am Donnerstag, den 21.10. vor dem Regierungspräsidium in Freiburg gegen die Abschiebung der Familie Polat.

→ wird wegen einem (eigenartig begründeten) Zeitverzug nicht zur Entscheidung angenommen.

Im Mai 1999 wird der 17-jährige Sohn Mehmet von der Polizei bei seinem Onkel verhaftet und in die Türkei abgeschoben. Dem 12-jährigen wird zu diesem Zeitpunkt gesagt, er würde auch geholt, sobald man den Vater finden würde.

Am ersten Ferientag des Sommers 1999 stand die Polizei bei den Pflegeeltern des Sükrü vor der Tür, um ihn abzuholen. Geistesgegenwärtig weigerte sich die Pflegefamilie, diesen der Polizei auszuliefern. Inzwischen wurde öffentlich – auch durch den Gemeinderat der Stadt Freiburg – Kritik an der Tatsache geübt, Kinder in die Türkei abzuschlieben, internationale Konventionen verbieten dies, dem Kind müsse Sicherheit geboten werden.

Seit Monaten hatte sich Ömer Polat bemüht, für eine Heirat mit einer deutschen Frau die erforderlichen Unterlagen zu beschaffen. Bei einer Vorsprache im Standesamt Freiburg wurde zunächst versichert, die Unterlagen seien vollzählig. Aber die Heirat könne in dem Fall nur am Meldeort der Frau durchgeführt werden, da Ömer Polat keinen festen Aufenthalt habe. Immer wieder wurde er von den unterschiedlichen Behörden hingehalten, es fehle noch dieses und jenes Papier, oder die Beglaubigung sei nicht vorhanden.

Schliesslich bestätigte ein Standesamt in Meersburg (Bodensee) vor wenigen Tagen die Korrektheit der erforderlichen Papiere. In einer mündlichen Vereinbarung zwischen dem Vizepräsidenten des Regierungspräsidiums Freiburg und dem evangelischen Dekan der Freiburger Kirchengemeinden wurde für den Weg zum Standesamt zugesichert, es würden keine polizeilichen Maßnahmen erfolgen, so daß die Eheschliessung unmittelbar vorstand.

Am 12.10. sollte dieser Termin stattfinden.

Ohne jede erkennbare Begründung erhebt nunmehr der Standesbeamte Ziemer von Markdorf (bei Meersburg) bei der Vorsprache Einwände, die Heiratsbescheinigung der verstorbenen (!) ersten Frau des Ömer Polat sei nicht vollständig (deren Todesbescheinigung lag gleichwohl vor). Praktisch, daß schon vor dem Zimmer des Standesamts zwei Zivilbeamte der Polizei zur Verhaftung bereitstanden, die den Transport zum Flughafen nach Stuttgart vornahmen. Die Abschiebung erfolgt am gleichen Nachmittag. Der gleiche Standesbeamte hatte unmittelbar zuvor einer Begleiterin noch bestätigt, die erforderlichen Papiere seien nunmehr vollzählig.

Trotz mehrfacher Interventionen – durch verschiedene PolitikerInnen angesichts der aufgestellten Falle, angesichts des offenkundigen Wortbruchs gegenüber dem Kirchenvertreter, angesichts der zuvor erfolgten Auskünfte des Standesamts – beschliesst das Verwaltungsge-

richt Freiburg (immer noch: Richterin Neumann) und im Einklang damit das zuständige Regierungspräsidium Freiburg, jeden Einwand gegen die Abschiebung zurückzuweisen. Die Maschine der Turkish Airline startete um 16.15 ab Stuttgart.

Die Verhaftung, Abschiebung, der öffentliche Umgang der Behörden mit derartigen Abschiebungen stellen naturgemäß Fragen an eine interessierte Öffentlichkeit:

- ist den Behörden überhaupt noch zu trauen?
- sind die Worte der Amtspersonen nichts wert?
- werden Abschiebungen dadurch durchführbar gemacht, indem absichtlich Fallen gestellt werden?
- welche Sicherheit gibt es für Flüchtlinge überhaupt noch?
- welche Werte haben noch Gültigkeit?

Die letzte Frage drängt sich insbesondere auch deshalb auf, weil am 1.9.99 ein Algierer bei der Abschiebung schwer verletzt wurde; weil am 4.10. eine Kурдин infolge der Abschiebung einen Selbstmordversuch unternahm (der zuvor attestiert worden war) und deshalb in eine Psychiatrischen Klinik eingeliefert werden musste; weil zahlreiche andere irreguläre Vorgehensweisen der Behörden mit einer neuen Dienstanweisung vom Jan. 1999 begründet werden, die den Verdacht aufkommen lässt, es würden Abschiebeprämien für die beteiligten Behördenvertreter ausgelobt. Dort heißt es, „sofern wiederholt festgestellt wird, daß eine untere Ausländerbehörde vergleichsweise wenig Ausweisungen verfügt hat und hierfür keine plausiblen Gründe ersichtlich sind, hat das Regierungspräsidium fachaufsichtsrechtliche Maßnahmen zu prüfen.“

In den letzten Tagen hat es zu diesen Vorgängen nun eine unerwartete Öffentlichkeit gegeben. Die örtliche Zeitung berichtete fast täglich über diese Ereignisse, in anderen Leserbriefen wurden Fragen nach Vergleichen gestellt: „Gegen diese Gestapo-Methoden waren die Bürger im 3. Reich machtlos, sind wir dies heute schon wieder?“ Wenngleich dabei auch unrichtig ist, daß man in der Nazi-Zeit so gänzlich machtlos war (vielleicht heute es so sehen möchte), so ist doch bemerkenswert, wieviele insbesondere älteren BürgerInnen diese Erinnerung immer wieder kommen.

Am 21.10. gingen mehr als 500 Personen auf die Strasse, sichtlich empört über die rüden Vorgehensweisen der Schreibtischträger. Gemäß dem Verständnis von Brecht, das Unrecht hat Namen und Adresse, werden die verantwortlichen Namen dieser Abschiebefunktionäre nunmehr genannt.

(mc)

Kommunalwahlen Ba-Wü

Erfolge für die PDS-

In Baden-Württemberg fanden am 24. Oktober Kommunalwahlen statt. Auch wenn vor allem in den kleinen Gemeinden örtliche Politik und Politiker die Wahlentscheidungen beeinflußten, so sind in den größeren Städten Trends erkennbar, die für die politische Entwicklung bundesweit von Interesse sind.

Dazu gehört erstens, daß die Wahlbeteiligung inzwischen fast überall in den Städten unter fünfzig Prozent liegt. Alle Parteien konnten ihr Wählerpotential nicht voll mobilisieren, aber in unterschiedlichem Ausmaß: In Stuttgart z.B. verlor die CDU 6,4% an Stimmen, weil aber die SPD 31,7% weniger Stimmen und die Grünen sogar 40,4% ihrer Stimmen gegenüber der Wahl 1994 einbüßten, vergrößerte CDU ihren Prozentanteil.

Zweitens ist bemerkenswert, daß die Grünen erhebliche Stimmverluste hinnehmen mußten, während sich die FDP eher stabilisierten konnte. Für die Grünen wie für die FDP ist die Kommunalpolitik Baden-Württembergs stets eine wichtige Basis gewesen. Ein Einbruch der Grünen bei gleichzeitiger Belebung der FDP verstärkt den Verdacht, daß ein wesentliches Ergebnis der Schröderschen Koalitions-politik die Marginalisierung einer linken Mittelstandspartei sein könnte.

Drittens schließlich hat die bei den vergangenen Wahlen schon spürbare Welle bei der Wählersympathie für die PDS auch in Baden-Württemberg getragen: In alle fünf Kommunalparlamente sowie in den Kreistag, für den die PDS Listen aufgestellt hatte, wurden PDS-Kandidatinnen und Kandidaten gewählt. Da Wellen auch wieder abebben können, wird viel davon abhängen, was die PDS jetzt mit den errungenen Mandaten anfängt und ob es z.B. gelingt, die Partei bis zu den Landtagswahlen 2001 soweit aufzubauen und zu stabilisieren, daß sie daran teilnehmen kann.

Nun zu den PDS-Ergebnissen in den einzelnen Städten. Zur Erinnerung: In Baden-Württemberg hat jeder Wähler soviele Stimmen wie Gemeinderäte zu wählen sind, in Stuttgart z.B. 60 Stimmen. Er kann einzelnen Kandidaten bis zu drei Stimmen geben (kumulieren) und damit die Reihenfolge auf der Liste ändern und er kann auch Kandidaten anderer Listen verschiedener Listen wählen (panaschieren).

Stuttgart: 1,7%, ein Gemeinderat



In Stuttgart wurde Siegfried Deuschle, 45 Jahre, Betriebsrat bei Daimler-Chrysler, als Gemeinderat für die PDS offene Liste gewählt. Die PDS erhielt 1,7% der Stimmen.

Nicht im Gemeinderat vertreten sind die Liste der Stuttgart-21-Gegner (parteilos

Listen und die Linke Liste Freiburg

glücklich); sie erhielt 1,4%. Das auf dieser Liste als Spitzenkandidat aufgestellte PDS-Mitglied Gangolf Stocker erhielt weniger Stimmen als die Kandidatin auf Platz 2. Die Internationale Demokratische Liste, auf der DKP-Mitglieder, die nicht bei der PDS offene Liste kandidieren wollten, sowie SAV und andere vertreten waren, erhielt nur 0,3% der Stimmen. Auch andere, im weitesten Sinne als links oder sozial einzustufende Listen erhielten kein Mandat: Parteifreie (Mieterinitiative): 0,4%, Junge Liste: 1,1%, EDL (griech. Mitglied im Ausländerbeirat, von der SPD nicht aufgestellt): 0,5%. Rechte und faschistische Parteien erhielten, wie überall im Land, weniger Stimmen: Die REP verloren ein Mandat und damit den Fraktionsstatus, die NPD/VR erhielt 0,2% und Bürgernahe Patrioten um M. Pape: 0,0%.

Heidelberg: 2,3%, ein Mandat

In Heidelberg kandidierte die Linke Liste/PDS mit 40 Kandidatinnen und Kandidaten. Die Liste erhielt 2,3% der Stimmen und damit wurde die von der Liste auf Platz zwei aufgestellte 78jährige Pfarrerin i.R. Dr. Hannelis Schulte gewählt. Als erster Ersatzkandidat steht Choukri Rascho, 51, Dolmetscher, der auf Platz 1 kandidierte, fest.



Tübingen: 6,8% Gemeinderat, 3 Mandate, Kreistag: 2,6%, 1 Mandat

In Tübingen (48er Gemeinderat) kandidierte die TüL/PDS, als Wählervereinigung von TüL, die bisher schon mit Gerhard Bialas (DKP) im Gemeinderat vertreten war, und der PDS. Mit dem deutlich über fünf Prozent liegenden Ergebnis kann jetzt die TüL/PDS in Fraktionsstärke im Gemeinderat auftreten. Sie liegt noch vor der FDP/DVP, die mit 5,3% nur zwei Mandate erhielt. Gewählt wurden Gerhard Bialas (68 Jahre, Platz 1 der Liste), Anton Brenner (49 Jahre, Platz 3) und Gerlinde Straskeit (46 Jahre, Platz 6). Für den Kreistag erhielt die PDS 2,6% der Stimmen, Gerhard Bialas wurde damit gewählt. Interessant, daß in Tübingen die grüne Liste (AL) kaum Stimmen ver-



lor: sie ist seit geraumer Zeit auf Distanz zur Politik von Bündnis 90/die Grünen gegangen (Kosovo-Krieg, Panzerliefierungen).

Karlsruhe: 2,1%, ein Mandat



In Karlsruhe (48 Gemeinderäte) kandidierte die PDS mit einer unvollständigen Liste (27 Kandidatinnen und Kandidaten). An der Listenaufstellung und am Wahlkampf beteiligten sich aus mehrfach berichteten Gründen nur ein Teil der örtlichen PDS. Trotz dieser Querelen, die zum Teil auch in der Öffentlichkeit wirkten, erhielt die PDS 2,1 Prozent der Stimmen. Gewählt wurde der Kandidat auf Platz 1, Niko Fostopoulos.

Die Probleme der örtlichen PDS dürfen damit nicht gelöst sein. Zwar mögen den Wählern die PDS-internen Probleme bei seiner Entscheidung nicht so sehr interessieren, in der Politik werden sie sich nicht verborgen lassen. Immerhin läuft gegen Niko Fostopoulos ein Ausschußverfahren wegen tätlicher Bedrohungen auf einer PDS-Versammlung; die Landesschiedskommission der PDS hat dem Ausschluß zugestimmt.

Konstanz: 2,4%, ein Mandat

In Konstanz kandidierte die PDS/Linke Liste für den 40köpfigen Gemeinderat mit einer Liste von 22 Kandidatinnen und Kandidaten. Die Entscheidung für eine Kandidatur war erst sehr spät gefallen. Dennoch reichte es: gewählt wurde Dr. med. Michael Venedey, Lungenchirurg, nicht Mitglied der PDS.



Weitere linke Kandidaturen: DKP scheitert in Mannheim mit 1,25%

In Mannheim versuchte es die DKP erneut mit dem 80jährigen Walter Ebert an frühere Erfolge anzuknüpfen. Bei der Wahl 1994 scheiterte die DKP nur mit wenigen Stimmen, jetzt war die Entscheidung deutlich: 1,25% der Stimmen reichten nicht. Die PDS hatte nicht kandidiert, weil sie als Bindestrich zur DKP nicht wollte und eine eigene Kandidatur gegen die DKP nicht möglich schien.

Freiburg: Linke Liste 4,2%, zwei Mandate

Um etwa 0,5 Prozentpunkte legte die LL/FL zu, was erneut für zwei Mandate reichte. Da die bisherigen Gemeinderäte nicht mehr kandidierten, stand ein Wechsel an: gewählt wurden Hendrik Guzzoni (Platz 2 der Liste) und Michael Moos (Platz 3). Auch die Liste Unabhängige Frauen, mit der die LL/FL bisher eine Fraktionsgemeinschaft bildete, erhielt wieder ein Mandat. Eventuell kommt noch die Liste Junges Freiburg mit zwei Mandaten zur Fraktionsgemeinschaft hinzu. alk

„Heute bis 21 Uhr – Morgen bis 22 Uhr?“

„Die Kölner PDS und unsere Stadtratsmitglieder Sengül Senol und Jörg Detjen möchten Ihnen heute mit einer kleinen Tafel Schokolade den Tag versüßen. Ein Zeichen unserer Solidarität!“ – So stand es auf einem Flublatt der Kölner PDS am 9. Oktober, dem langen Samstag, das vor Kaufhof und Karstadt verteilt wurde. Ruckzuck waren die Tafeln Schokolade und die Flugblätter verteilt. Die Beschäftigten freuten sich riesig. „Denkt auch mal jemand an uns“.

Wieder einmal mußten die Beschäftigten im Einzelhandel länger arbeiten. Diesmal sogar bis 21 Uhr. Damit gibt sich die City-Marketing aber noch nicht zufrieden. Im November will sie weitere drei Samstage bis 18 Uhr durchsetzen. Diese Zusicherung muß ihnen Oberbürgermeister Blum (CDU) persönlich gegeben haben. Damit hat er sich über eine Vereinbarung der letzten Ratssitzung hinweggesetzt. Dort ist auf Initiative der PDS über längere Ladenöffnungszeiten diskutiert und vereinbart worden, dass erst am 21. Oktober eine Entscheidung über die drei Samstage im November gefällt wird und dass bis dahin Stellungnahmen und Gutachten – auch bei den Gewerkschaften – eingeholt werden. „Das müßte leistbar sein“, hatte OB Blum auf der Ratssitzung erklärt. OB Blum will aber in Wahrheit nicht nur viele lange Samstage, sondern noch mehr: Die Geschäfte in der Innenstadt sollen bis 22 Uhr öffnen dürfen. Er will eine Sondergenehmigung bei der Landesregierung erwirken, berichteten die Medien in der vergangenen Woche. Damit ist die Katze aus dem Sack. Ob OB Blum im Rat eine Mehrheit für die drei Samstage im November findet, ist nicht gewiß. HBV und DAG protestieren heftig. Sie fühlen sich übergangen. Die Verwaltung behauptet, sie habe im September mit den Gewerkschaften gesprochen. Da ging es aber nicht um die drei Samstage im November. Die Bezirksvertretung Nippes wandte sich mit den Stimmen von SPD, Grüne und PDS gegen die drei Samstage. Der PDS-Bezirksvertreter Michael Weisenstein hatte einen solchen Beschuß angelegt. Die zuständige Bezirksvertretung Innenstadt lehnte den Ratsantrag auf seiner Sitzung am 19.10. mit den Stimmen von SPD, Grüne, PDS und Regenbogen ab. Barbara Koberg von der PDS forderte die Bezirksvertretung Innenstadt auf, einen Erfahrungsaustausch mit dem Einzelhandel und den Gewerkschaften zu organisieren. Einen solchen Beschuß hatte der Rat der Stadt Köln bereits vor längerer Zeit gefasst. Wie auch immer die Ratsentscheidung ausgehen wird: HBV und DAG planen in den nächsten Wochen eine große Konferenz gegen die Verlängerung der Ladenschlußzeiten. jöd

Freundschaft mit Valjevo ...

Am 6. 10. fuhr in Pfaffenhofen ein mit ca. 20 Tonnen schwer beladener Sattelzug in Richtung Jugoslawien los. Er transportierte Kleiderspenden, Medikamente im Wert von 80000 DM und Lebensmittel nach Valjevo, einer Kleinstadt etwa 90 km südlich von Belgrad. Gleichzeitig startete ein Bus mit einer deutsch-jugoslawischen Delegation des kleinen Vereins „Freundschaft mit Valjevo“, um dort die Spenden zu übergeben. Vier Unterstützer aus Würzburg, Nürnberg und München hatten sich angeschlossen.

Dem waren 4 Monate intensiver Arbeit vorangegangen. Es begann mit einer Anzeige in der Lokalpresse von 100 Bürgern noch während des Krieges gegen Jugoslawien, in der die Einstellung der Bombardierungen und die Rückkehr an den Verhandlungstisch gefordert wurde. Vertreten waren dabei alle Parteien einschließlich des CSU-Bürgermeisters und den regionalen Landtagsabgeordneten von SPD und CSU.

Danach wurden über eine jugoslawische Familie Kontakte nach Valjevo geknüpft und mit dem Sammeln von Spenden begonnen. So organisierte eine SPD-Stadträtin eine Kleidersammlung, an den Schulen wurden die Schüler um Schokolade gebeten und in den Kindergärten die Eltern um Trinkfläschchen für Kleinkinder, die zur Zeit in Jugoslawien kaum zu erhalten sind. Die Vereinsmitglieder sammelten bei Bekannten und an Informationsständen einige Tausend Mark. Die Medikamente erhielten sie von einer kirchlichen Organisation.

In Valjevo empfing uns der stellvertretende Bürgermeister, der dafür sorgte, daß wir die völlig zerstörte Metallfabrik sehen konnten. An der Stelle, wo die Ruinen mehrerer großer Wohnblocks (weit weg von der Fabrik oder anderen Zielen wie einer Polizeistation) abgerissen werden mußten, wurde bereits gebaut, damit die Menschen vor dem Winter wieder ein Dach über dem Kopf erhalten. Im Krankenhaus konnte der notwendige Umbau eines alten Gebäudeflügels nicht mehr weitergehen, weil die Mittel dafür jetzt nicht mehr vorhanden sind. Und als wir eine Schule besuchten, um dort die Schokolade zu verteilen, freuten sich die Kinder so sehr, daß manche Tränen in den Augen hatten. Während des Krieges mußte der Unterricht im Keller stattfinden, so wie das ganze Leben nur noch in den Kellern stattfinden konnte. Zum Glück richteten die Bomben an der Schule nur relativ geringe Schäden an.

Erschütternd war ein Besuch in einem Flüchtlingsheim, wo Frauen, Kinder und alte Menschen aus Kroatien und Bosnien schon seit 4 Jahren ohne jede Perspekti-

ve auf Änderung dahinvegetieren. Die Kleider und Lebensmittel, die wir dort verteilt, kamen uns wie ein kümmerliches Almosen vor.

Ganz wichtig aber war für die Menschen dort eines: daß es in Deutschland nicht nur Menschen gibt, die zum dritten Mal in diesem Jahrhundert ihr Land bombardieren, sondern auch welche, die diesen Krieg verurteilen und Hilfe organisieren.

Im Dezember soll ein zweiter Transport losgehen. Für mehrere konkrete Projekte, vor allem im medizinischen Bereich und für ein Waisenhaus wird weiter gesammelt. Ziel ist eine lebendige Städtepartnerschaft, um weitere Hilfe leisten zu können.

(Spendenkonto: Verein Freundschaft mit Valjevo, Sparkasse Pfaffenhofen, BLZ 72151650, Konto 8011991)

Aber damit ist auch Aufklärung über die Folgen des Kriegs verbunden, über die Auswirkungen des Embargos, das 1991 gegen Jugoslawien verhängt wurde. Das Embargo trifft natürlich vor allem die Armen, die vielen Menschen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben und diejenigen, deren Wohnungen wegen des Ölmangels nicht zu heizen sind in Valjevo etwa zwei Drittel. Im Winter werden deshalb mit Sicherheit Menschen erfrieren.

Dazu kommt, daß Menschen aus Jugoslawien nicht mehr in die BRD einreisen dürfen. Jugoslawien existiert praktisch nicht mehr für die BRD. So kann ein Kollege von Audi nicht heiraten, eine Kollegin, von Beruf Kindergärtnerin, ihre Kinder und Enkelkinder aus Valjevo nicht mehr zu sich einladen.

Einen Bericht des Ingolstädter Fernsehens nutzte die Initiative denn auch, um auf diese Situation hinzuweisen und die Aufhebung des Embargos zu fordern.

Ich denke, der Verein „Freundschaft mit Valjevo“, zeigt uns wie man ein humanitäres Anliegen mit politischen Zielen verbinden kann.

Die Pfaffenhofener haben das Ziel, einen weiteren Krieg zu verhindern, und sie erreichen in ihrer Region einen großen Teil der Bevölkerung. Durch solche breiten Aktionen werden mehr Menschen mißtrauisch gegenüber der Regierungspoppropaganda.

Ähnlich geht auch die Initiative „Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gegen den Krieg“ mit ihrer Aktion „Hilfe für Kragujevac“ vor. Sie reisten bereits während des Krieges nach Jugoslawien, berichteten über die Folgen des NATO-Terrors und sammeln vor allem für die zerstörte Autofabrik Zastava.

(Spendenkonto: Josef Bergmann, Hilfe für Kragujevac, Hamburger Sparkasse, BLZ 20050550, Konto 1230499335)

Als Projekt für München möchte ich anregen, Unterschriften und Geld für eine Zeitungsanzeige zu sammeln, um die Aufhebung des Embargos zu fordern. Der Text wird in den nächsten Lokalberichten erscheinen.

R.M.

Sammlung für Kriegsopfer

Rolf Becker in Freiburg – Auf Einladung der IG Medien, der HBV Südbaden und der DPG-Regionalverwaltung war der Hamburger Schauspieler und IG Medien-Aktivist Rolf Becker Mitte September in Freiburg. Becker gehört zu der zehnköpfigen Gewerkschaftsinitiative „Dialog von unten statt Bomben von oben“, die im Mai während der Nato-Bombardements sechs Tage lang in Jugoslawien unterwegs war.

Becker berichtete vor 60 ZuhörerInnen über die Stationen der Reise, bewertete die weitere Entwicklung in Jugoslawien seit dem Waffenstillstand und stellte die Gewerkschaftsinitiative „Hilfe für Kragujevac“ vor, die in drei Monaten bislang 35.000 Mark gesammelt hat. Es war in den letzten drei Monaten seine dreißigste Veranstaltung. „Der angebliche saubere Krieg der NATO war kein Krieg gegen Milosevic, sondern gegen die Zivilbevölkerung“, fasste Becker seine Eindrücke zusammen, die er anhand zahlreicher Erlebnisse eindrücklich schilderte. Zu den Lügen dieses Krieges gehöre auch die angeblich versehentliche Bombardierung der chinesischen Botschaft, die mit veraltetem Kartenmaterial begründet wurde. Tatsache sei jedoch, dass auf diesem Grundstück nie Einrichtungen serbischer Militärbehörden gestanden haben, wie die NATO behauptet, sondern lediglich eine sumpfige Grünfläche. „Die Botschaft ist gezielt und punktgenau bombardiert worden“.

Nach Rückkehr in Deutschland waren die Erfahrungen der Gruppe mit den hiesigen Medien desillusionierend: von wenigen Tageszeitungen abgesehen, wie dem „Neuen Deutschland“ oder der „Jungen Welt“, wurde die Reise komplett verschwiegen; der durch Funk und Fernsehen bekannte Becker bekam keine Gelegenheit, in den bürgerlichen Medien zu sprechen – eine Zensur, die nicht verordnet wurde, sondern auf Selbstgleichschaltung beruht. „Dass die NATO den Schutz der albanischen Flüchtlinge lediglich als Vorwand nimmt, tatsächlich aber die serbische Zivilbevölkerung ermordet, um Milosevic loszuwerden, wollte hier niemand zur Kenntnis nehmen“, so Becker. Wichtig sei daher die Verbreitung der Wahrheit gegen die läufige Propaganda der Aggressoren – und tägige Solidarität. „Die Lebensadern des Landes sind für lange Zeit zerstört. Wir haben in Novi Sad, Belgrad, Nis und Aleksinac mit eigenen Augen die zerstörten Fabriken, Fernsehsender, Krankenhäuser, Schulen, Straßen und Brücken gesehen. Die Mehrheit der Bevölkerung erwartet tiefe Armut, denn die materiellen Schäden sind größer als am Ende des Zweiten Weltkrieges.“

Hauptleidtragende sind die ArbeitInnen der zerstörten Fabriken, ihre Frauen und Kinder und die Überlebenden in den zerbombten Wohnvierteln“.

Eine Station ihrer sechstägigen Reise war die serbische Industriemetropole Kragujevac rund 100 Kilometer südlich von Belgrad. Dort überbrachte die Gruppe bereits im Mai 10.000 Mark für Angehörige der Automobilfabrik „Zastava“, die durch NATO-Bomben am 9. und 12. April komplett zerstört wurde. 37.000 ArbeiterInnen verloren ihre Arbeitsplatz, weitere 229 Zulieferbetriebe mit über 200.000 Arbeitsplätzen sind betroffen. „Das Heizkraftwerk von Zastava speiste 30 Prozent seiner Energie in das öffentliche Netz, in Schulen, Krankenhäuser und Wohnungen“, so Becker. Die Stadt war bereits 1941 Schauplatz des grausamsten Verbrechens der Nazi-Wehrmacht auf dem Balkan, die dort an einem einzigen Tag 7000 „Geiseln“ erschossen hatte. NATO-Raketen haben auch die Gedenkstätte getroffen und das Dach des Museums zerstört.

„Sofort nach Ende der NATO-Bombardements auf Jugoslawien haben die Internationalen Hilfsorganisationen die Lieferungen für die serbische Zivilbevölkerung eingestellt. Dabei brauchen sie ebenso dringend Unterstützung wie die Kriegsopfer im Kosovo“, so Becker. Mit der Spendenkampagne soll eine Rote-Kreuz-Station und der gewerkschaftliche Sozialfonds „Zastava-Hum“ des Automobilwerkes unterstützt werden. „Wir wollen nicht mildtätige Spenden, sondern Kontakte herstellen und konkrete Solidarität zwischen den ArbeiterInnen schaffen, politisches Engagement für die Hilfe zum Überleben. Das unterscheidet uns von anderen Spendenkampagnen“, beschrieb Becker den politischen Ansatz der Initiative. Das Geld werde persönlich und betriebsöffentlich übergeben. Vor kurzem waren zwei Kollegen dort und haben weitere 20.000 Mark überreicht. Nun sind wieder 15.000 Mark beisammen. Dafür sollen medizinische Sachgüter und Medikamente gekauft werden. Für November hat die Gruppe sieben GewerkschafterInnen aus Kragujevac nach Deutschland eingeladen, die auf einer Rundreise über die Situation vor Ort berichten und Kontakte zu hiesigen Gewerkschaften knüpfen werden. – Becker kritisierte vehement die Zustimmung der DGB-Spitze zu diesem Krieg und forderte den Rücktritt von DGB-Chef-Schulte. Ihre Spendenkampagne werde keineswegs von allen unterstützt, Teile des Gewerkschaftsapparats haben sich sogar offen dagegen ausgesprochen. Dass der Nato-Krieg gegen Jugoslawien im eklatanten Widerspruch zu den Satzungen aller deutschen Gewerkschaften stehe, werde in diversen Gewerkschaftsgremien aus falsch verstandener Solidarität mit der rotgrünen Bundesregierung noch immer nicht zur Kenntnis genommen.

Martin Höxtermann, (gekürzt)

Thüringen

Zusammensetzung des Vogel-Kabinetts

Die PDS-Fraktionsvorsitzende im Thüringer Landtag, Gabriele Zimmer, und der stellvertretende Vorsitzende, Bodo Ramelow haben die personelle Besetzung des Vogel-Kabinetts scharf kritisiert. Von einer Erneuerung könne keine Rede sein. Die zentralen Positionen bleiben von denen besetzt, die auch in den vergangenen Jahren ihre politische Verantwortung nur ungenügend wahrgenommen haben.

Als verantwortungslos bezeichnete Bodo Ramelow den Verbleib von Minister Schuster als Chef des Wirtschaftsressorts. Gerade der trage aufgrund mangelnder Sensibilität und fehlender Konzepte ein gehöriges Maß Schuld an der unzureichenden wirtschaftlichen Entwicklung des Freistaates Thüringen. Schusters chaotische Fördermittelpolitik habe dazu beigetragen, dass Millionen Mark ausgereichter Mittel nahezu nutzlos versickerten. Obwohl Schusters Gießkannenprinzip offenkundig scheiterte, hält Ministerpräsident Vogel weiter an ihm fest und beabsichtigt sogar, dessen Kompetenzbereich noch zu erweitern. Schuster, dessen Strukturfondspolitik bereits häufig von EU-Kontrollgremien gerügt worden war, dürfe nicht auch noch Herr über die europäischen Strukturfonds EFRE und ESF verfügen, erklärte Zimmer.

(aus UNZ "Unsere Neue Zeitung", 20/99, gekürzt)

Sachsen

Neuer Landtag nimmt Arbeit auf

Am 13. Oktober trat der dritte Sächsische Landtag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Wenn es den Oppositionsparteien auch nicht gelang – vor allem durch das Versagen der SPD – die absolute Mehrheit der Biedenkopf-CDU zu brechen, so ist die Veränderung in der Zusammensetzung des Parlaments nicht zu übersehen: die um neun Sitze vergrößerte Fraktion der PDS. Beide Oppositionsparteien zusammen verfügen jetzt über 44 von 120 Sitzen (vorher 43).

Neu ist, dass die PDS mit ihren 30 Abgeordneten nunmehr in der Lage ist, eigenständige Landtagsuntersuchungsausschüsse einzusetzen sowie Normenkontrollklagen beim sächsischen Verfassungsgericht zu erheben. In der vorhergehenden Legislaturperiode konnten weder die SPD noch die PDS allein von diesem Recht Gebrauch machen. Der PDS steht des weiteren auch ein Posten als Vizepräsident zu. Traditionell stellt die größte Oppositionspartei zudem den Vorsitz im Haushalts- und Finanzausschuss.

Die PDS-Fraktion hat sich entschieden, Brigitte Zschöche als Vizepräsidentin zu Wahl zu stellen sowie die jüngste Abgeordnete des Landtags, Katja Kipping, in das Präsidium zu entsenden.

Wie es mit dem Demokratieverständnis der CDU bestellt ist, zeigt ihre Reaktion auf die Veränderung im Landtag. Ihr Generalsekretär Flath forderte umgehend, der PDS diese Posten nicht zu überlassen, sondern nur die in der Verfassung fixierten Rechte zuzugestehen. Wenn er auch zurückgepfiffen worden ist, so bedeutet das nicht, dass die CDU sich mit der neuen Situation im Landtag abfinden will.

So hat sie den Entwurf einer neuen Geschäftsordnung vorgelegt, in dem vor allem Minderheitsrechte eingeschränkt werden sollen: Verringerung der öffentlichen Anhörung in Ausschüssen (bisher auf Antrag von einem Zehntel, jetzt von einem Viertel der Mitglieder); Kleine Anfragen von Abgeordneten sollen vom Landtagspräsidenten auf „Sachlichkeit“ geprüft werden; der Datenschutzbeauftragte soll im Parlament „Redeverbot“ erhalten. (...) Sollte der Landtag mit der CDU-Mehrheit diesen Geschäftsordnungs-Entwurf annehmen, so hat die PDS angekündigt, vor dem Verfassungsgericht zu klagen.

(aus Leipzigs Neue, 21/1999, 15.10.1999, gekürzt)

Hochschulen im Osten

Eine gesäuberte Sache

„Unsere Professoren aus dem Westen sind noch recht jung“, entgegnet die Presse sprecherin der Humboldt-Universität Berlin auf die Frage nach der Zusammensetzung des Lehrkörpers an ihrer Universität. In der Tat ist der Anteil von Professoren aus Westdeutschland an den Hochschulen und Universitäten Ostdeutschlands recht hoch. Nach Angaben des Wissenschaftsmagazins „Nature“ ist der Anteil ostdeutscher C4-Professoren auf 33 Prozent abgesunken (1994 noch 50%). Die Antwort beinhaltet damit eine klare Aussage: Erst wenn diese Generation Professoren abtritt, werden Stellen frei, die evtl. von Ostdeutschen besetzt werden können. Die Hoffnung, dass sich in zehn Jahren niemand mehr für die Herkunft eines Professors interessieren wird, wird vom Vertreter der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Hans-Dieter Klein, anders gesehen: „Die Qualifikation steht bei der Berufung nicht im Vordergrund.“ Die Lage sei Ergebnis der politischen Säuberungen, die an den Universitäten vor sich gegangen sind. (...) Da sich Nachwuchskräfte vorwiegend aus dem gleichen Milieu rekrutieren, ist der Zugang für Ostdeutsche zu Professorenstellen auch unter diesem Gesichtspunkt kaum wahrscheinlich. Die politische Säuberung zeitigt auf längere Zeit ihre Folgen.

Quelle: „Neues Deutschland“, 15. 10.99

Kundgebung am 19.10.99

„Gegen Lohndiktat der Bundesregierung – für Tarifautonomie!“

Erst einmal hat eine Regierung versucht, die Tariffreiheit durch Vorgaben im Beamtenrecht massiv zu beeinflussen, das eine Mal war es Bundeskanzler Schmidt, der mit einer 1%igen Besoldungskürzung die folgenden Tarifverhandlungen diktierten wollte, und er ist damit gescheitert. Jetzt ist es Innenminister Schily, wiederum SPD, der per Gesetz die Beamtenbesoldung für die Jahre 2000 und 2001 auf die Höhe der Inflationsrate festlegen will und damit faktisch in die Tarifautonomie eingreift.

Trotz vorsichtiger Wortwahl aller Redner/innen auf der Kundgebung am 19.10.99 vor dem Brandenburger Tor in Berlin war die Enttäuschung bzw. Verärgerung nicht zu überhören, die die Gewerkschaftsvorsitzenden bei der Politik der rot-grünen Bundesregierung erfüllt. Man sei nicht für einen Politikwechsel eingetreten, um nun in wenigen Fällen eine Verbesserung, zumeist die gleiche und häufig eine Verschlechterung der Politik für die Arbeitnehmer zu erleben.

Rund 35.000 Beschäftigte aus den Organisationsbereichen der Gewerkschaften ÖTV, GEW, DPG, GdP und der DAG waren zur Kundgebung gekommen, rund 15.000 zu einer zuvor durchgeführten Demonstration des Beamtenbundes. Besonders vertreten waren die verbeamtete Beschäftigte, aber auch viele Angestellte und Arbeiter nahmen teil, da über den



Wirtschaftspresse

DIHT lehnt Vermögensabgabe strikt ab. HB, Mittwoch, 13.10.1999. – Überlegungen in der SPD für eine Vermögensabgabe sind bei Wirtschaft und Opposition auf scharfe Ablehnung gestoßen. Der Präsident des BDI H.-O. Henkel, sprach von „absolut irrsinnigen“ Vorstellungen. Der DIHT warnte vor einem „weiteren Arbeitsplatzkiller“.

BDI fordert Reform der Finanzverfassung. – Beim „Tag des deutschen Mittelstandes“ des Bundesverbandes der Deutschen Industrie forderte H.-O. Henkel eine grundlegende Reform der bundesdeutschen Finanzverfassung, die auch den Länderfinanzausgleich und den Solidaritätszuschlag einschließen müsse. Henkel schlug vor, dass Bund und Länder künftig auf die Gewerbesteuerrumlage der Gemeinden verzichten. Dann könnte nach seinen Worten die Gewerbesteuermesszahl von 5% auf 4% gesenkt werden. Das brächte eine Entlastung der Gewerbetreibenden vom 8 bis 10 Mrd. DM. Dies entspräche dem Volumen, das die Regierung mit ihrer Unternehmenssteuerreform ursprünglich angekündigt hatte. Eine Senkung der Gewerbesteuer in dieser Form erfordere keine langen Gesetzeswege und könnte schon zu Beginn des Jahres in Kraft treten. Schröder nannte Henkels Vorschlag „theoretisch sinnvoll“. Er sei aber praktisch nicht durchsetzbar, da Länder und Kommunen nicht zustimmen würden.



Alcatel

Besetzung beendet

Am Sonntag abend beschloß die Besetzerversammlung des Berlin-Neuköllner Alcatel-Kabel-Werks, nach 5 Wochen die Besetzung zu beenden. Viele Dinge sind noch unklar bzw. im Fluß, so daß es für eine endgültige Bilanz zu früh ist. Hier aber einige Elemente:

Nach längerer Diskussion – der Vorschlag, erst später abzustimmen fand keinen Zuspruch der Anwesenden – wurde das angeblich letzte Angebot des Konzerns mit 112:2:6 Stimmen unter großem Jubel angenommen. Die meisten KollegInnen, mit denen wir anschließend gesprochen haben, sahen das Ergebnis als Erfolg ihres hartnäckigen Kampfes. Schon in den letzten Wochen war die allgemeine Ansicht, daß die Arbeitsplätze nicht zu retten seien, wenn der Konzern nicht durch umfassendere – auch internationale – Aktionen zu einer Rücknahme seiner Entscheidung gezwungen wird. Und viele waren auch gar nicht mehr bereit, länger unter Regie des Kon-

zerns, für den sie jahrelang geschuftet hatten, zu bleiben. Der Preis sollte allerdings so hoch wie möglich getrieben werden, auch um anderen Konzernen ein klares Signal zu geben, daß Arbeitsplatzvernichtung nicht mehr widerstandslos durchgesetzt werden kann.

All dies ändert nichts an der Tatsache, daß der Kampf für den Erhalt aller Arbeitsplätze verloren wurde. Die uns bekannten wesentlichen Ergebnisse der Vereinbarung (der Teufel steckt allerdings im Detail):

Am 31. Dezember wird die Produktion eingestellt. 40 Arbeitsplätze bleiben. 30 KollegInnen gehen in den Vorrhestand. Für die verbleibenden 90 KollegInnen werden statt der ursprünglich angebotenen 2 Millionen DM 18 Millionen DM vom Konzern zur Verfügung gestellt, und zwar: 6,8 Mio DM für eine 2-jährige Auffanggesellschaft, 2,2 Mio DM für vom Betriebsrat zu bestimmende Härtefälle, 9 Mio DM für Abfindungen.

Wir werden in nächster Zeit weiterhin über die Entwicklung bei (Ex-)Alcatel berichten.

Thomas C. (aus Platzgründen erheblich gekürzt)

Erhalt der Buchpreisbindung gefordert. – Im Streit um die grenzüberschreitende Buchpreisbindung appellierte Buchhandel und Bundesregierung an die neue EU-Kommission, sich des Falles noch einmal anzunehmen. Eine Entscheidung über dieses Thema sei von so großer kulturpolitischer Relevanz, dass es der neuen Kommission ermöglicht werden müsse, sich dem Thema unter Beachtung aller Argumente neu zu widmen, erklärte Kulturstaatsminister Michael Naumann.

Schule und Wirtschaft sollen enger zusammenarbeiten. HB, Dienstag, 19.10.1999. – Mark Wössner, Vorstandschef der Bertelsmann-Stiftung forderte auf der Konferenz: „1. Netzwerkshop Schule und Wirtschaft“ die engere Partnerschaft von Schule und Wirtschaft. Mitveranstalter waren die Nixdorf-Stiftung, die Ludwig-Erhardt-Stiftung und die Boston Consulting Group. Mehr als 30 Pilotprojekte aus dem Bereich „Wirtschaft und Schule“ wurden dort vorgestellt. Oppermann plädierte für Abbau der Bürokratie und dafür, das Stiftungswesen attraktiver zu machen.

Presseauswertung: rst

Die Krise im Gesundheitswesen ist eine inhaltliche Krise und nicht einfach eine finanzielle Krise

In der vorletzten Ausgabe der *Politischen Berichte* wurde aus der Sicht der Krankenhausbeschäftigen über die Auswirkungen der Spar- und Reformmaßnahmen auf die sich verschlechternde Lage der Krankenhausbeschäftigen berichtet. Der Artikel stand unter der Überschrift „Diese Reform macht krank.“ Bundesweit finden Aktionen von Beschäftigten aus dem Gesundheitswesen in den nächsten Wochen statt, um Einfluss auf die parlamentarische Entscheidung bezüglich der Gesundheitsreform zu nehmen. In Bayern fanden im Juni Aktionstage der Kassenärztlichen Vereinigung statt. Am Mittwoch, den 20. Oktober, fand in Augsburg ein zentraler Aktionstag für Bayerisch-Schwaben statt. Etwa 4000 Ärzte, Zahnärzte Physiotherapeuten und Krankengymnasten und Beschäftigte aus sonstigen Gesundheitsberufen demonstrierten. Die Funktionäre der Kassenärztlichen Vereinigung hatten die Kassenärztinnen und -ärzte Schwabens aufgefordert, an diesem Tag ihre Praxen zu schließen; ein Notdienst war organisiert. Als Redner war unter anderem der Augsburger CSU-Oberbürgermeister eingeladen – schon beim Bayerischen Ärztetag Ende September war der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber als Redner aufgetreten. Die Ärzte sind von ihren Verbänden aufgefordert worden, ihr Personal „mitzubringen“.

Die Bundesregierung setzt mit ihren Maßnahmen das fort, was vorher schon die CDU/CDU/FDP-Regierung über lange Jahre begonnen hat. Sie will die Kosten im Gesundheitswesen senken, damit einen Teil der Lohnnebenkosten. Die Patienten der gesetzlichen Krankenkassen und die Beamten spüren diese Einsparungsmaßnahmen schon jetzt an ihrem Geldbeutel durch die steigende Selbstbeteiligung an Medikamenten, Krankenhausaufenthalten und Kuren. Die Krankenhausbeschäftigen spüren dies an den Rationalisierungsmaßnahmen, wie sie in der letzten Ausgabe der *Politischen Berichte* eingehend beschrieben sind. Die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte, zu denen die Artikelschreiberin gehört, sind derzeit kaum in der Lage, finanziell zu kalkulieren, weil die Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen ärztlichen Fachverbänden und die Auseinandersetzungen mit den Krankenkassen dazu geführt haben, dass über die Verteilung der Gelder an die ärztlichen Berufsgruppen derzeit erst mit einer Verspätung von

mehreren Monaten entschieden wird. Schon derzeit wird ja festgelegt, wie viel Geld in den einzelnen Bereichen des Gesundheitswesen pro Jahr im Gesundheitswesen insgesamt ausgegeben wird, unabhängig von der jeweiligen aktuellen Erkrankungssituation. Ob viele oder wenige Menschen an Grippe erkranken, ob die Zahl der zu behandelnden chronischen Erkrankungen zu- oder abnimmt im gegebenen Zeitraum, festgelegt ist ein Budget an Kosten, die ausgegeben werden sollen. Dies wird für das Jahr 2000 noch rigider festgelegt. Es soll ein sogenanntes „Globalbudget“ geben, also eine Obergrenze an Geld, das ausgegeben werden darf. Darüber hinaus sieht die Gesetzesreform Maßnahmen vor, die gegen die Monopolstellung der Kassenärztlichen Vereinigung den Kassen und den niedergelassenen Ärzten Möglichkeiten bieten, direkt Verträge abzuschließen, insbesondere mit Praxisnetzen von niedergelassenen Ärzten verschiedener Fachrichtungen. Das soll, so behauptet der Gesetzgeber, Kosten sparen, weil Doppeluntersuchungen dadurch vermieden würden, und es soll eine Qualitätssicherung der ärztlichen Tätigkeit dadurch erfolgen. Die Vertreter der Kassenärzte befürchten dagegen eine Zunahme bürokratischer Kontrolle.

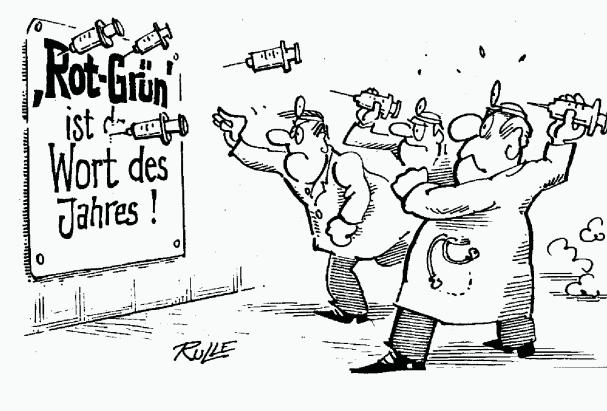
Die Berufsverbände im Gesundheitswesen argumentieren gegen die Gesundheitsreform: Die hohe Effizienz des westdeutschen Gesundheitswesens, die Möglichkeiten der modernen Medizin auf der einen Seite, die steigende Lebenserwartung anderseits mache das Gesundheitswesen notgedrungen teuer. Es sei daher im Interesse der Patienten, wenn gegen die Reform protestiert wird.

Es fällt dennoch auf, dass vonseiten der Patienten trotz einschneidender Einsparmaßnahmen bisher wenig Protest zu hören ist. Auch an den jüngsten Protestaktionen haben sich die Patienten

selbst bisher kaum beteiligt. Dies mag daran liegen, dass viele Kranke nicht die Kraft haben, zu protestieren. Aber selbst deren Interessenverbände wie die vielen Selbsthilfegruppen haben sich bisher deutlich zurückgehalten. Sie fühlen ihre Interessen offensichtlich nicht ausreichend durch diese Protestaktionen vertreten.

Die zunehmende Brutalisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen am Arbeitsplatz durch die Konkurrenz, die Vereinsamung in der persönlichen Lebensgestaltung, die Unsicherheit der wirtschaftlichen Existenz und Umweltbelastungen fordern ihren Tribut und zeigen sich unter anderem in der steigenden Anzahl an langwierigen, sogenannten „chronischen“ Erkrankungen. Die Hauptklage von Patienten insbesondere bei chronischen Erkrankungen oder Beschwerdebildern, oft ohne eindeutig medizinisch messbares Ergebnis, wie es an der Hochschule gelehrt wird, ist, dass die Ärzte für sie keine Zeit haben und ihnen nicht bei der Schilderungen der Beschwerden zuhören. Viele Kranke haben inzwischen sich selbst kundig gemacht und suchen Wege, ihre Krankheit zu verstehen, mit ihr zurecht zu kommen oder Gesundung zu finden. Ausdruck davon ist die wachsende Zahl von Selbsthilfegruppen. Ausdruck davon ist auch das große Interesse an ungewöhnlichen Heilverfahren insbesondere aus dem Bereich der sogenannten „Naturheilverfahren“. Viele insbesondere niedergelassene Ärzte haben, teilweise aus Unzufriedenheit mit dem an den Hochschulen gelernten Medizinwissen, das ihnen nicht ausreichend hilft, Patienten über lange Jahre kompetent zu begleiten, teilweise auch auf Druck der Patienten sich selbst auf eigene Kosten auf diesen Gebieten zusätzlich weitergebildet. Es ist wohl so, dass es in der Medizin verschiedene richtige Wege gibt, einfach weil die Menschen

und ihre Lebensgeschichte verschieden sind und sie auf Therapien, aber auch auf die Therapeuten, unterschiedlich ansprechen. Die wissenschaftliche Forschung an den Hochschulen hierüber hinkt dieser weitläufig bekannten Erfahrung hinterher. Und so gibt es in diesem Bereich noch wenig anerkannt nachweisbare Erfahrungen. Diese teilweise zeitaufwendigen Therapien sind letztendlich aber doch oft billiger, weil sie im Bereich der Prävention wirken. Sie werden von den Krankenkassen nur in Ausnahmefällen erstattet. Dies liegt





nicht einfach an den Krankenkassen, sondern an der Uneinheitlichkeit der Auffassungen über den richtigen Weg einer Behandlung sowohl bei den Ärzteverbänden wie auch bei den Versicherten selbst. Aufnahmen in den Versicherungskatalog der Krankenkassen werden so verhindert.

In den Kliniken, von denen der anfangs erwähnte Artikel in den *Politischen Berichten* handelt, sehen die Beschäftigten meist Patienten in einem Endstadium einer langen Krankheitsentwicklung, seien es Erkrankungen des Herzkreislaufsystems, rheumatische oder gar bösartige Erkrankungen. Für die Patienten ist ein Krankenhausaufenthalt eine absolute Ausnahmesituation, verbunden mit schmerzhaften Eingriffen, Ängsten vor Schmerz, vor der Eröffnung lebensverändernder, gar bedrohlicher Diagnosen. Viele Patienten, die in der Nachsorgeuntersuchung in einem Krankenhaus nach Tumorbehandlung waren, erleben die beängstigende Routine, die unter dem Personal als Selbstschutz herrscht, als sehr bedrohlich. Sie empfinden sich als Objekt, nicht als Subjekt, das eingreifen kann. Wer fragt, sich gegen eine unangenehme Untersuchung auflehnt, wird als unbequem und lästig empfunden, weil der Betriebsablauf gestört wird. Die gegenwärtige Krankenhausstruktur, die medizinische Routine in der Praxis, ist so gesehen nicht immer „heilsam“, kann sogar selbst krank machen, weil sie Ängste fördert, und das liegt nicht einfach nur an stattgehabten und geplanten Rationalisierungsmaßnahmen.

Die Auffassungen darüber, welche Kosten die gesetzlichen Krankenkassen übernehmen sollten, sind also sowohl unter den Krankenversicherten wie auch unter den Beschäftigten im Gesundheitswesen geteilt. Dies ist Ausdruck der allgemeinen Spaltung in der Gesellschaft, die solidarisches Handeln zunehmend unmöglich macht.

Was soll ein schwerkranker Patient, der pro Tag für 100 DM Schmerzmittel braucht, dagegen halten, wenn ein junger, gesunder Mensch, ohne viel Erfahrung im solidarischen Zusammenleben, der Meinung ist, da er doch die Krankenkasse so wenig belaste, könne diese ihm ruhig seine Sportbandage bezahlen? Auf dem Boden einer solchen Diskussion, wie sie leider oft geführt wird, lässt sich sicherlich keine Einigung erzielen darüber, welche Behandlungen die Krankenkassen bezahlen müssen, welche andererseits nicht. Ohne dass aber die Krankenversicherten selbst zu Wort kommen, lässt sich das Gesundheitssystem nicht im guten Sinne reformieren.

Anders werden die Beschäftigten im Gesundheitswesen leicht zum Spielball von politischen bis reaktionären Sonderinteressen. Bei den bayerischen Aktionen vertrauten die CSU-Redner auf die politische Vergesslichkeit der Protestteilnehmer und ließen teilweise wüste Hetztiraden los insbesondere gegen die grüne Mi-

nisterin Fischer, so als hätte nicht CSU-Seehofer die entscheidenden Weichen für die neuen Maßnahmen gestellt. Was soll man davon halten, wenn etwa eine Berliner Zeitung, lanciert von der CDU-Bundestagsopposition, rechtzeitig zur Bundestagsdebatte zum Thema „Gesundheitsreform“ Ende September schreibt, nach dem neuen Gesundheitsreformgesetz wären Sozialhilfeempfänger und Asylanten besser dran als gesetzlich Versicherte? Und wenn diese Sozialdemagogie ausgerechnet von der Gesundheitsministerin Fischer im Bundestag in einer tumultartigen Debatte gegen die CDU zurechtgerückt werden muss, dass nämlich diese Menschen eigentlich gar keinen umfassenden Versicherungsschutz bei einer Krankenkasse haben, keine freie Arztwahl und nur für jede Akutbehandlung einen Schein vom Sozialamt bekommen. Die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns hat den Ärzten eine „Argumentationshilfe“ zur Hand gegeben. Darin heißt es, man solle der Bevölkerung sagen, es ginge den Ärzten nicht ums Geld. Auch bei der Augsburger Demonstration erklärte ein Standesvertreter: „Wir demonstrieren nicht für unsere Einkommen, wir wollen die Qualität der medizinischen Versorgung der Patienten retten“. Als ob es eine Schande wäre, wenn die Ärztinnen und Ärzte für ihre Interessen, für eine Erhöhung ihres Einkommens eintreten! Diese Forderungen aber darf man nicht gleichsetzen mit dem Eintreten für eine gute Patientenversorgung und dafür haben die Betroffenen, die Patienten, wohl ein Gespür. Und weiter heißt es im Text der bayerischen Kassenärzte, man bräuchte die Gesundheitsreform „genauso wenig wie den Doppelpass“. Unter solchen Argumenten ist es für Beschäftigte im Gesundheitswesen, die sich der linken Bewegung solidarisch fühlen, absolut unmöglich, zu demonstrieren oder zu protestieren.

Die Linke im Gesundheitswesen führt derzeit keine inhaltliche Diskussion, sondern klebt hilflos an der Ausgabenseite. Die „Demokratischen Ärzte“ argumentieren, es gäbe eh schon viel zu viele Medikamente, die Regierung habe ganz recht, wenn sie hier rationalisiere. Hier scheint die sozialdemokratische Besserwissenschaft durch gegenüber den Patienten, und entsprechend ist auch Misstrauen gerechtfertigt: Was ist mit neuen, teuren Medikamenten, z.B. schonenderen teuren Chemotherapeutika in der Krebsbehandlung und in der Schmerztherapie oder neuen natürlichen Heilverfahren?

Eine sehr große Anzahl von Menschen, gerade auch aus dem Kreis der Kranken und ehemaligen Patienten selbst und eben nicht nur aus dem Kreis der Heilberufe, zeigt derzeit ein intensives und aktives Interesse an verschiedene Heilverfahren und Gesundheitsfragen. Vielleicht bieten sich hier Ansatzmöglichkeiten, Gedanken über eine Gesundheitsreform zu entwickeln, die Solidarität zur Grundlage hat.

Politische Berichte

Treffen des Arbeitskreises Regionales und Gewerkschaftliches

Zum ersten Treffen des Arbeitskreises Regionales und Gewerkschaftliches der Politischen Berichte (Einladung siehe PB 21/99) kamen 10 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Fulda.

In der allgemeine Aussprache ergab sich, dass die jüngsten Wahlergebnisse darauf hindeuten, dass die Politik der SPD und der Grünen eine große Zahl politischer Anliegen verwaist lässt und das Bedürfnis nach einer linken Partei manifest wird. Dafür spricht auch das wachsende Interesse an der PDS bei den Aktiven der DGB-Gewerkschaften sowie der erhebliche Mitgliederzuwachs der Landesverbände der PDS im Westen. Ein wichtiger Grund dafür, dass sich das Bedürfnis nach einer Partei, die soziale und politische Anliegen der Linken repräsentiert, an der PDS festmachen kann, ist die antimilitaristische Haltung der Partei, ein anderer der diskursive Politikstil, den sie entwickelt. Aber immer wieder tritt in der PDS die Tendenz auf, den Parteibildungsprozess als Zusammenspiel von akklamierender Anhängerschaft auf der einen und agierender Führungsschicht auf der anderen Seite zu formieren. Käme es dahin, würde die im Westen ohnehin schwache Verbindung zu der auf konkrete Emanzipation und politische Selbsttätigkeit gerichteten gesellschaftlichen Strömung abreissen.

Unter diesen Voraussetzungen ist es nützlich, von den Ideen, Aktionen und Diskussionsprozessen an der gesellschaftlichen Basis zu berichten. Die Politischen Berichte können sich dabei auf Verbindungen zu lokalen und betrieblichen Publikationen stützen. Hinzu kommen Kampagnenpräsentationen im Internet.

Nach der Diskussion über die allgemeine redaktionelle Zielsetzung wurde über den Umfang der Politischen Berichte, die Gliederung, Arbeitsweise und Arbeitsvorhaben gesprochen. Bedürfnisse, den Gesamtumfang des Abschnittes von durchschnittlich acht Seiten zu ändern, wurden nicht geäußert. Ebenso bestand Einmütigkeit, die Struktur Meldungsübersichten – Schwerpunkte – weitere Berichte beizubehalten.

1. Meldungsübersicht „Lokaler Widerstand“: Umfang drei bis vier Spalten, die durch Sichtung der Quellenlage zustande kommen, die Auswahl der Meldungen ist notwendig subjektiv. Dennoch wäre es eine große Erleichterung, wegen Kürzungen, Ergänzungen etc. bei Autoren der verschiedenen Lokalberichte nachfragen zu können.

2. Schwerpunkt und weitere Berichte „Regionales“: Die Artikel werden ereig-

nisorientiert ausgewählt. Es gibt aber Themenkreise, die besonders aufmerksam berichtet werden müssen. In der Diskussion wurden genannt: Konzeption „Solidarische Stadt“, Interkulturelle Solidarität, Antifa; linke Politikansätze in den Stadt- und Gemeinderäten, Themenkreis Privatisierung und Daseinsvorsorge, Selbsthilfe von Personengruppen, Kommunen, Genossenschaften.

In der Diskussion der staatlichen bzw. öffentlichen Infrastrukturpolitik müssen die ausgearbeiteten Positionen und Kritiken dokumentiert werden, was wohl besser im Gliederungsabschnitt Diskussion und Dokumentation geschieht.

Es ist weiterhin anzustreben, dass regelmäßig ein Schwerpunktprojekt aus den neuen Bundesländern erscheint, und wünschenswert, dass aus verschiedenen Regionen und Themen berichtet wird.

3. Meldungsübersicht „Kommunale Politik“: Der Name wird in „Kommunalpolitik in der Diskussion“ oder ähnlich geändert. Umfang bleibt bei zwei Spalten. Die Diskussion der Spitzenverbände und die Entwicklung der Widersprüche Zentralgewalt und kommunale Ebenen soll in möglichst kurzen Berichten mit Quellenhinweisen deutlich werden. Im kommenden Jahr sollte ein Treffen/Beratung etc. mit interessierten Stadtratsmitgliedern ins Auge gefasst werden.

4. Schwerpunkt und Berichte „Gewerkschaftliches“: Es wurde diskutiert,

dass die Arbeit in Betriebsräten und Gewerkschaften spürbar schwieriger wird. Mit der Entwicklung der SPD und auch der Grünen gehen politische Bezugspunkte verloren. Die vor dem Regierungswechsel unter der Losung „Geld ist genug da“ geführte Strategiediskussion ist zusammengebrochen, alle Welt spricht vom Diktat der leeren Kassen. Eine neu erliche Strategiediskussion ist unvermeidlich, und diese Diskussion wird ihre praktischen Erwartungen nicht an die Politik der rot-grünen Regierung hängen können.

Unsere Diskussion ergab dann, dass es notwendig wird, die Frage des Verteilungskampfes zu thematisieren. Gegenwärtig herrscht in der Linken die Meinung vor, Verteilungskampf bedeute, öffentliche Ausgaben durch verschärzte Besteuerung der Reichen zu bestreiten. Verbunden damit ist eine Tendenz, den Verteilungskampf zwischen Lohnarbeit und Kapital, an der Quelle also, zu entschärfen.

Die Redaktion möchte zu dieser Frage zusammen mit dem Arbeitskreis Wirtschaft von „Konkrete Demokratie, Soziale Befreiung – ArGe in und bei der PDS“ ein Fachgespräch durchführen mit Blick auf die Beziehung zwischen dem Verteilungskampf an der Quelle und Reformpolitik

(Siehe gesonderte Einladung in der nächsten Ausgabe der PB. Termin zum

Vormerken: Samstag, 4. Dezember in Fulda).

Für die Auswahl der Schwerpunktthemen und der Berichte wurde diskutiert, dass die durch die Größe der Gewerkschaftsbewegung und ihre vielfältigen Publikationen gegebene Breite des Stoffes verbietet, die 2 bis 3 Seiten, die wir dazu haben, mit dem Ziel einer Übersicht zu gestalten. Stattdessen meinen wir, dass viel gewonnen wäre, wenn die in unserer Leser- und Autorenschaft besonders interessanten Anliegen herauskommen. Eine solche Struktur gezielt zu entwickeln und teils abgerissene Verbindungen wieder aufzunehmen, wird Zeit brauchen. Als besonders interessante Themenkreise in diesem Sinne genannt wurden: Internationale, insbesondere europäische Bewegungen, die Frage der Flächentarife, Auseinandersetzungen um die Privatisierung, Fragen der Arbeitsorganisation und des Widerstands gegen den Entfremdungsdruck am Arbeitsplatz, Fragen/Auseinandersetzungen um die Verfügbarkeit der Arbeitskraft (z.B. Ladenschlussgesetz).

5. Meldungsübersicht Wirtschaftspresse: Volumen 1 Spalte. Die Meldungsübersicht soll fortgeführt werden mit dem Ziel, die Stoßrichtung des Wirkens der Kapitalistenverbände auf die öffentliche Meinung geklärt zu halten.

Berichterstattung: Hanne Reiner, Martin Fochler



Auf einer Mitgliederversammlung der **PDS Schleswig-Holstein** wurde am 16./17. Oktober die Kandidatur zur Landtagswahl am 27. Februar 2000 beschlossen. Am 31. Oktober soll eine Landesliste gewählt sowie ein Wahlprogramm endgültig verabschiedet werden.

Nachdem schon der Parteivorstand aufgrund der letzten Wahlergebnisse in Nordrhein-Westfalen und Berlin eine Kandidatur im nördlichsten Flächenland befürwortete, will die PDS unter der Überschrift „Soziale Gerechtigkeit ohne Wenn und Aber“, der „neuen und alten Mitte Druck von links“ machen, und etwas sehr euphorisch die 5%-Hürde anvisieren.

Während SPD und Grüne die PDS „weniger als Gefahr“, mehr als „Phantom“ negativ verorten, macht es CDU-Spitzenkandidat Rühe besonderen Spaß, entgegen früherer „Rote-Socken-Kampagnen“, die PDS als „echte linke Alternative“, die in „Schleswig-Holstein links von der SPD eine neue Rolle spielen“ könnte, in den Himmel zu heben und sie damit in die Konkurrenz zu SPD und Grünen zu treiben. Bei der Bundestagswahl 1998 hatte die PDS 1,5% und bei der Europawahl 1999 1,4% in Schleswig-Holstein erreicht.

rua

Der Landesparteitag der **PDS Bayern** am

17.10.1999 in Ingolstadt war von ca. fünfzig Stimmberechtigten besucht. Der Landesverband, der im letzten Jahr von ca. 250 auf ca. 350 Mitglieder angewachsen ist, beschloss einen Organisations- und Finanzplan vor allem mit Blick auf die bayerischen Kommunalwahlen 2002.

In den Landesvorstand wurden (jeweils ohne Gegenkandidaten) als geschäftsführende Mitglieder Sima Soraya und Stephan Straub (Sprecherin und Sprecher) sowie Kristina Hadeler und Martin Fochler (Organisation u. Finanzen) gewählt.

Der aus der SPD übergetretene Bundestagsabgeordnete Hikschi (Coburg) berichtete über seine Beweggründe, betonte, daß er seine Politik als linker Sozialdemokrat in die PDS einbringen wolle und legte großen Wert darauf, daß die PDS den „strukturkonservativen“ Teil des Lohnabhängigenmilieus nicht vernachlässigen dürfe. maf

Der Landesparteitag der **PDS Nordrhein-Westfalen** am 23./24. Oktober war von 150 Mitgliedern besucht. Sie repräsentieren knapp 1000 Mitglieder im Landesverband. Ulla Lötzter wurde zur Sprecherin und Knut Vöcking zum Sprecher wiedergewählt. Wolfgang Freye wurde erneut zum Schatzmeister gewählt. Der Landesvorstand, der erstmals für zwei Jahre gewählt wurde, besteht aus insgesamt 12 Mitgliedern.

Der PDS Landesverband wird sich an den Landtagswahlen im Mai 2000 beteiligen. Die stellvertretende Parteivorsitzende Yvonne Kaufmann sicherte die Unterstützung des Parteivorstandes zu. In einer Presseerklärung des Landesvorstandes heißt es: „Auf dem Landesparteitag bestand Übereinstimmung darin, daß die SPD-Grüne Landesregierung viele Hoffnungen auf gesellschaftliche Reformperspektiven verspielt habe. Die Landesregierung in NRW betreibe eine Politik, die sich kaum von einer konservativen Landespolitik unterscheidet. Die CDU wolle die unsoziale neoliberale Politik der Landesregierung noch radikalisieren. Darum ist es nach Ansicht der PDS NRW notwendig, den Wählerinnen und Wählern die Möglichkeit zu geben, eine linke Alternative zu wählen.“

Zu der Aufforderung des Parteivorsitzenden Dieter Dehm, die **DKP solle nicht mehr zu Parlamentswahlen antreten**, erklärte der Parteivorsitzende Lothar Bisky, er teile diese Auffassung nicht. Auch werde es kein Urteil über die Überflüssigkeit anderer Parteien geben. Die PDS wolle eine pluriäre Linke und andere Kräfte im linken Spektrum weder dominieren noch verdrängen.

Zusammenstellung: jöd

Zur Geschichte der Steuer in Ägypten

Die älteste Steuer-Pyramide

Auf der diesjährigen Sommerschule in Friederichsroda Mitte August haben wir uns in der AG Wirtschaft mit der Frage der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung befasst. Zur Einführung in das Thema habe ich zwei Referate zur Geschichte der Steuer gehalten, die sich entsprechend meiner besonderen Kenntnisse dieser Länder und Epochen mit der Lage im Alten Ägypten und Babylon befassen. Das erste dieser beiden Referate möchte ich nun in den Politischen Berichten einem breiteren Leserkreis zugänglich machen. Es soll die Untersuchung über die assyrisch-babylonischen Verhältnisse folgen und nach Möglichkeit daran anschließend auf das für uns noch wichtigere römische Steuerrecht eingegangen werden. Man wird kaum dem Wesen der Steuern auf die Spur kommen, wenn nicht eine gewisse historische Kenntnis vorhanden ist. *Edda Lechner*

Nach der Eiszeit überleben

Als nach dem Ende der letzten Eiszeit ab ca. 35.000 v.u.Z. (vor unserer Zeitrechnung, vor dem Jahre Null) das Klima in eine Phase extremer Trockenheit eintritt, müssen sich die Menschen der Alt- und Mittelsteinzeit in Europa, Afrika und dem Orient auf diese neue Situation einstellen, ihre angestammten Gebiete verlassen und neue Produktionstechniken entwickeln. So ziehen ab ca. 25.000 v.u.Z. und erneut im 10. und 7. Jts. (Jahrtausend) Jäger und Sammler aus dem Bereich der Sahara-Savannen in das einige tausend Kilometer entfernte obere Nilatal, um an dem pflanzen-, tier- und fischreichen Fluss und seinen umliegenden Steppen ein neues Auskommen zu finden. Von der Großwildjagd gehen sie zu Kleintierjagd und Fischfang über, wofür sie das komplizierte Gebilde von Pfeil und Bogen erfinden.

Ab dem 7./6. Jts. v.u.Z. beginnen die nun so genannten neolithischen (jungsteinzeitlichen) Gruppen mit der Domesticierung des Rindes und versuchen aus wildwachsenden Gräsern verbesserte Getreidesorten, Gerste und Weizen, zu züchten, Grundlage für die Ernährung der Mehrheit der ägyptischen Bevölkerung mit Brot und Bier in den folgenden Jahrtausenden. Schaf, Ziege, Schwein und Rind liefern Fleisch, Milch, Felle und Wolle. Die Zug- und Tragkraft von Rind und Esel werden zum Pflügen und Korn-dreschen ebenso genutzt wie zum Transport von austauschbaren Gütern.

Durch die Nutzung dieser neuen Reichtümer verbessern sich die Lebensbedingungen der Menschen am Nil, es sinkt die Kindersterblichkeit, die Menschen werden älter, ihre Erfahrungen und

Erkenntnisse können längerfristig genutzt werden. Die vorhandene Arbeitsaufteilung entwickelt sich weiter und fördert Geschicklichkeit und Erfindungsgabe. Die wachsende Zahl der Bevölkerung zwingt zur Erfindung neuer Produktionsmittel, um das Überleben zu sichern. Längst haben sie gelernt, die am Anfang des Sommers aus dem Süden kommende Flut mit dem lebenspendenden Wasser und Schlamm nicht nur den männlich-weiblichen Nil-Göttern Mophi und Krophi zu danken, sondern auch selbst Kanäle und Dämme, Speicher und Schleusen zu bauen und geeignete Wasserebewerke zu nutzen. Sie erfinden die Hacke, den Hakenpflug, können das Getreide mahlen, es mit Wasser und Sauerteig vermischen, daraus Brot backen und Bier brauen.

Ein Staat entsteht

Obwohl schriftliche Zeugnisse als Beweisstücke fehlen, lässt sich aus Grabfunden und Bauweisen, aus Vergleichen mit bis in unsere Zeit reichenden „primitiven“ Kulturelementen und durch Rückschlüsse auf natürliche Lebenszwänge rekonstruieren, wie die gesellschaftliche Produktion und die Verteilung der Güter gehandhabt wurde. Zunächst wird der Ertrag der gemeinsamen gesellschaftlichen Arbeit allen Mitgliedern der Familienverbände in gleicher Weise zugute gekommen sein. Das Funktionieren der Wasserversorgung und -verteilung durch einen saisonal anschwellenden Fluss, die Planung, der Bau und die Instandhaltung von Kanälen, Dämmen und Staubecken über größere Zeiträume hinweg, das Wissen um das Kommen und Gehen der Nilflut machen eine unterschiedliche Verantwortlichkeit und einheitliche Leistung notwendig. Der Verantwortung folgt der Anspruch auf dem Fuße. Es entwickeln sich mit der Zeit deutlich hierarchische Strukturen und eine immer größer werdende soziale Differenzierung in der Gesellschaft.

Im 4. Jahrtausend kommt es erstmalig zum Bau größerer Orte wie Hierakonpolis und Abydos in Oberägypten und zur Herausbildung einer sozialen Elite von Häuptlingen und Kleinkönigen, die sich als Organisatoren, Heerführer und schließlich als alleinige Besitzer des Landes zu ihrer Legitimation schon frühzeitig die berühmten riesigen ägyptischen Grabkomplexe errichten. Um 3100 v. u. Z. erobert der sagenhafte König Menes von Oberägypten das untere Ägypten bis zum Nildelta. Er gründet die erste von insgesamt 31 historisch erfassbaren Dynastien, um das Land im Namen der Göt-



Schminplatte aus Hierakonpolis: König Narmer von Oberägypten – vermutlich identisch mit dem sagenhaften König Menes – holt zum Schlag aus und besiegt den Herrscher von Unterägypten. Der ägyptische Staat entsteht.

ter zentral zu regieren. Aus militärischen und politischen Gründen verlegt er seine Hauptstadt an die Schaltstelle zwischen die „beiden Länder Ober- und Unterägypten“ nach Memphis, wo er das fruchtbare Delta, den Ausgang zum Mittelmeer und den Übergang zu den fremden Ländern kontrollierbar macht. Dieser Zentralstaat unter der Herrschaft der folgenden rund 170 Pharaonen wird zwar mit einiger Unterbrechung, aber insgesamt stabil das Alte, Mittlere und Neue Reich bis ins Jahr 1000 v.u.Z. überdauern. Für diese Zeit der ägyptischen Hochkultur soll das staatliche Steuersystem untersucht werden.

Ganz Ägypten gehört dem Pharao

Aus der ursprünglich gemeinsamen Arbeit und der gleichen Verteilung ihrer produktiven Güter ist die Aneignung von Gütern durch die Alleinherrschaft des Pharaos geworden. Dazu gehört ein kompliziertes, für Ägyptologen auch heute noch schwer durchschaubares Begriffs-System von „Steuern“. Eine reichhaltige ägyptische Literatur auf Stein, Papyrus und in Bibliotheken und eine vielfältige künstlerische Darstellung des Alltagslebens in Gräbern, Tempeln und Palästen lässt aber die reale Struktur dieser „Erfindung“ doch recht deutlich werden.

Der Pharao als Gott-König hat die Zentralgewalt über das ganze Land und seine Erträge. Die Nutzungsrechte für Grund und Boden, Bauwerke, Material, Menschen und Tiere können nur von ihm und an vom ihm ausgewählte Personen – Fürsten, Priester, Verwalter – genutzt werden. Wohl ist die Verfassung des Alten Reiches am Anfang noch stark dezentralisiert – sicher ein Ergebnis der vorheri-

gen selbständigen und sicher auch oft miteinander verfeindeten Bezirke – aber von Anfang an gibt es gleichermaßen eine straffe zentrale Leitung. Dieser „Fiskus hat sein Eigentum in allen Gauen des Landes... und neben den Schatzhäusern in den einzelnen Gauen besitzt er seine zentrale Finanzverwaltung.“ (Erman/Ranke, S. 98) Dieses Schatzhaus des Fiskus hortet den Reichtum in Form von Mineralien, Steinblöcken, Metallen (Gold, Silber, Kupfer, Zinn), Schmuck, Wohlgerüchen (Import aus den Weihrauchländern) und anderen Luxusgegenständen. Ähnliche Zentralverwaltungen gibt es auch „vor allem für die Kornspeicher, die das als Steuer gelieferte Getreide, den wichtigsten Teil der Abgaben, sammelten. Zentralisiert war weiterhin die Verwaltung der Äcker, die ja schon um der Überschwemmung willen eine einheitliche Leitung erforderte... Zentralisiert war auch die höhere Verwaltung der Gerichtsbarkeit.“ (ders., S. 99).

Auf Grund der vorgegebenen geografischen und politischen Lage bleibt das Land einem gewissen Dualismus verhaftet, dem von Ober- und Unterägypten. Die unzählbaren Götterpaare und Symbole, die die Zusammengehörigkeit beider Häuser in immer neuen Variationen auf den Wänden der Gräber darstellen und in sämtlichen königlichen Texten genannt werden, geben Anlass zu der Vermutung, dass stets um die notwendige Zentralisierung gekämpft werden muss.

Dasselbe Problem gilt für die 42 ägyptischen Bezirke, in die das Land darüber hinaus aufgeteilt ist. Sie haben eine eigene Gerichtsbarkeit, eigene Kornmagazine und eigenes Militär, aber ihre Verwalter sind Beamte, die nur der Pharao zu erkennen und zu entlassen pflegt. Loyalität wird belohnt mit hohen und höchsten Ämtern. Der oberste aller eingesetzten Verwaltungsbeamten ist Stellvertreter des Pharao. Ihm gibt der Pharao auch meistens das Amt des Oberrichters und des Vorstehers des Schatzhauses. Ämterhäufung ist in Ägypten üblich.

Die Hierarchie ist auf das feinste ausgebildet und ein kompliziertes System von Geben und Nehmen zwischen den führenden Kräften des Landes. Und natürlich empfangen die Stellvertreter, Vorsteher, Leiter, Anführer, Großwürdenträger, Untervorsteher, Nebenvorsteher, Erste, Oberhäupter, Großen, Bürgermeister und Bezirkschefs für ihr materielles Wohlergehen einen gewissen Anteil an den Einnahmen, die der Pharao aus den Erträgen der Ländereien zieht. So ein Bezirksfürst im Mittleren Reich: „von allen Opferstieren, die auf dem Friedhof geschlachtet werden, einen Schenkel, und außerdem einen Anteil an den ganzen Stieren des Tempels...“ (ders., S.104). Auf der anderen Seite sorgt der von Pharao Sesostris I. im 19. Jhd. (Jahrhundert) v.u.Z. in jedem „Jahr der Rindersteuer“ besonders gelobte Bezirksverwalter Ameni dafür, dass in den 25 Jahren seines Amtes dem Pharao beim Einziehen

der Abgaben 3.000 Rinder zufallen und erhalten bleiben.

Tempel-Reichtum

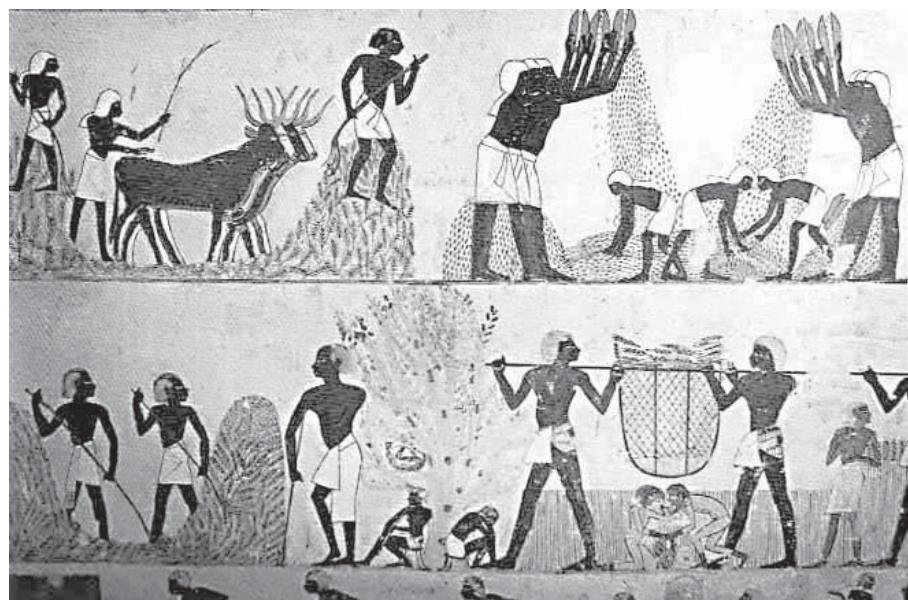
Der Reichtum der Tempel und ihrer Priesterschaft beruht hauptsächlich auf wiederholten Stiftungen und Geschenken der Könige. So besitzen sie schon im Alten Reich riesige Ländereien an Äckern und Gärten, von deren Ertrag sie selbstständig leben können, und gewaltige Vermögen an Sachen wie Vieh, Schiffen, Werften und Ortschaften, aus denen ihnen natürlich die ständigen Abgaben der Untertanen zufließen. Es füllen sich ihre eigenen Schatzhäuser, Speicher und Scheunen. Bald können sie sich eigenes Militär halten. Dadurch bekommen sie Anteile an der seit dem Mittleren Reich zunehmenden Beute aus den asiatischen Kriegszügen.

Die entscheidende Geistlichkeit der Tempel besteht aus einer festen Beamtenchaft, die bestimmte Bezüge aus den genannten Einkünften des jeweiligen Gottes erhält. Daneben existiert eine vielfältige „tätige“ Priesterschaft, die neben dem frommen Amt auch die verschiedensten weltlichen Tätigkeiten von Ärzten, Künstlern, Richtern und Beam-

ligiöse Monopol über die Götter, sondern inzwischen auch eine eigene Gerichtsbarkeit inklusive eigener Gefängnisse. Das bekannte Beispiel des „Ketzerkönigs“ Echnaton (1350–1334), der an die Stelle der vielen Götter und besonders an die Stelle des zentralen Amun nur einen einzigen Gott, den Sonnengott Aton setzt, zeigt, dass dieser Versuch letztlich am Widerstand der Amun-Priester in Theben gescheitert ist.

Steuern sind Naturalabgaben

Die wirtschaftliche Grundlage Ägyptens ist und bleibt für zweieinhalb Jahrtausende bis zum Ende des Neuen Reiches die Naturalwirtschaft. Im Alten Reich um ca. 2.500 v.u.Z. richtet sich die Besteuerung in erster Linie nach der Zahl des Groß- und Kleinviehs, im Neuen Reich um ca. 1.500 v.u.Z. wird die hauptsächliche Einnahmequelle für den Fiskus die Besteuerung des Getreides. In langen Reihen marschieren Bauern, Fischer und Hirten durch die Jahrtausende an den Wänden der Gräber entlang. Sie tragen die gemeinsam erwirtschafteten Produkte – Getreide, Brot, Kuchen, Feigen, Weintrauben, Fische, Vögel und Rindfleischhaxen – auf ihren Köpfen, Schultern und



Getreideernte, aus dem Grab des Menena in Theben-West: Vielfältig hat sich die Produktionsweise der Landwirtschaft entfaltet, arbeitsteilig wird sie unter den Bauern organisiert.

ten ausübt. Die niedrigsten und höchsten Priesterämter werden berufsmäßig ausgeübt, die ursprünglich starke Teilnahme von Laien am Kultus (Stundenpriesterschaft) verliert im Laufe der Zeit – verständlicherweise – ihr Ansehen. Natürlich gibt es zwischen den ernannten Oberpriestern, den Oberrichtern und anderen höheren staatlichen Ämtern die bereits erwähnte ständige Personalunion.

Das alles bewirkt, dass die Macht der Tempel, bzw. des zentralen Tempels (in Memphis oder Theben), schon zu einer gewissen Konkurrenz für den Pharao werden kann. Sie besitzen neben dem Pharao nicht nur das ideologisch wichtige re-

in Händen ihren Pharaonen, Fürsten, Beamten und Priestern entgegen. Ihre Ernte wandert sofort an Ort in Stelle in die örtlichen Kornspeicher, Magazine und Schatzhäuser. Alle zwei Jahre wird das Land vermessen, bei jeder Ernte erscheinen die Statthalter mit Scharen von Schreibern, um abzuzählen und dafür zu sorgen, dass der Ertrag auch ordnungsgemäß für den staatlichen Speicher abgeliefert wird.

Die Pflicht der Empfänger dieser Gaben ist es dann allerdings, den Produzenten nicht nur das nächste Saatgut, sondern auch einen gewissen Anteil zum Leben zu belassen, bzw. zurückzugeben.

→ Bei zu niedrigem Stand der Nilflut oder gar bei den wiederholt auftretenden Hungersnöten haben sie für einen Nahrungsausgleich zu sorgen. Die Grundnahrung von über 90% der Bevölkerung dieses Landes wird aber aus nicht viel mehr als Brot aus Getreide (Gerste und Weizen), etwas Gemüse (Zwiebeln, Gurken, Melonen) und als Getränk selbstgebräutem Bier bestanden haben. Fleisch von Fischen und Vögeln gibt es höchst selten als Zugabe, die religiös besonders hoch geachteten Rinder stehen selbst bei Opferfesten, bei denen immer auch Nahrung an die Bevölkerung verteilt wird, nur der „Ernährung der Götter“, sprich den Vornehmen, Priestern und Pharaonen zu.

Handwerker- und Arbeitertrupps für den Staat

Wie könnte es anders sein: auch im Handwerk und Baugewerbe existiert dieselbe Art der Wertschöpfung und der Verteilung der Güter. Die Handwerker arbeiten kollektiv in den Werkstätten der Staatsbetriebe und Tempel mit nur wenig Werkzeugen und um so größerem Geschick, um aus Ton, Holz, Perlen, Alabaster, Elfenbein oder Metall die feinsten Gegenstände für den alltäglichen und den Luxusgebrauch zu machen. Sie bedienen auch die Backöfen und Brauereien, sorgen für die Weinlese und arbeiten in Wäschereien, Weber- und Spinnereien.

Arbeitertrupps, die bei Deir el-Medine/Luxor die kunstvoll ausgestatteten Gräber der Großen des Reiches herzustellen haben, erhalten für ihre Arbeit als „Lohn“ ein bestimmtes Quantum zum Lebensunterhalt: eine Wohnung, Leinen, Salben, Hülsenfrüchte, Krüge, Fett, Bier, Brennholz, Getreide, viermal im Monat Fische und „sogar“ Wohlgerüche. Als zur Zeit Ramses III. diese Lieferungen über Monate ausbleiben, kommt es zum „ersten (schriftlich fixierten) Streik der Weltgeschichte“. Erst als sie ihren vorgeschriebenen Arbeits- und Lebensbereich jenseits des Nils verlassen und auf die andere Seite zu den übrigens vollen Kornspeichern vordringen, wird ihre Forderung erfüllt.

Wenn während der Zeit der Überschwemmung die landwirtschaftliche Produktion ruht, werden auf sämtlichen Großbaustellen, vor allem den Pyramiden, neben den Handwerkern auch die Bauern als Arbeiter eingesetzt. Nach Berechnungen des griechischen Berichterstatters Herodot aus dem 4. Jhd. v.u.Z. brauchte man z.B. für die Cheopspyramide 20.000 Menschen plus 5.000 Facharbeiter vom Steinbruch bis zur Pyramidenspitze, zusätzlich für die Dauer von jeweils drei Monaten mehr als doppelt soviel saisonbedingte Hilfskräfte für insgesamt 20 Jahre. Einige Ägyptenkenner vermuten, dass diese aufwendige und wenig produktive Arbeit ein wichtiger Grund dafür gewesen ist, dass das Alte Reich schließlich in große wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten geraten

ist. Die literarischen Klagen aus dieser Zeit bestätigen jedenfalls die zunehmende Armut der Bevölkerung und schließlich den Niedergang des Reiches.

Auch Handel und Zölle sind Staatssache

Ein sehr geringer Tauschhandel zwischen Bauern, Handwerkern und kleinen Beamten im Rahmen dessen, was sie an Brot, Bier und Leinen zur Verfügung haben oder gesondert herstellen, ist durch Darstellungen kleiner örtlicher Märkte bezeugt. Preise werden genannt und in deben (= Kupfer in Gramm) gewogen, sel tener in Gold oder Silber.

Aller Außenhandel ist „Luxushandel“ des Pharaonenreiches. Er besteht seit frühesten Zeiten und wird mit großen Segelschiffen fast ausschließlich über die z.T. als ägyptische „Kolonie“ geführte Handelsstadt Byblos an der phönizischen Küste abgewickelt. Der gesamte Handel bleibt stets unter staatlicher Kontrolle, Kaufleute gibt es nur in Verbindung mit staatlichen Organisationen. Ausländische Kaufmannssiedlungen von Phöniziern und Griechen im eigenen ägyptischen Lande – für Handelsstädte wie Ugarit, Tyrus, Sidon und Karthago, für Syrien, Kleinasien und Assur geradezu etwas „Typisches“ – entstehen erst in den letzten Jahrhunderten des ägyptischen Staates, als er unter fremder Vorherrschaft steht.

An den Grenzen zu anderen Reichen erhebt der Pharao Zölle. Ägypten ist vor allem interessiert an wertvollen Steinen wie Lapislazuli und Malachit aus der Gegend am Persischen Golf, an Qualitäts holz aus dem Libanon (für ihre Schiffe), an Kupfer aus Zypern, an Zinn aus dem fernen Cornwall, um aus dem weichen Kupfer die härtere Bronze zu machen, an Eisen aus Kleinasien und an Gewürzen aus Asien. Umgekehrt wird den Hethitern ägyptisches Getreide geliefert, die Athener und Delphi bekommen Alaun und ägyptischen Wein, Gold geht an die assyrischen Herrscher.

Diener oder Sklaven?

Neben Bauern, Handwerkern Arbeitern und Kaufleuten gibt es zahlreiche sogenannte „Diener und Dienerinnen“ (ägyptisch „hem“). Sie werden über einen Händler gekauft, haben eine bestimmte Zeit zu arbeiten und werden beim Verlassen des Arbeitsplatzes oder bei Flucht

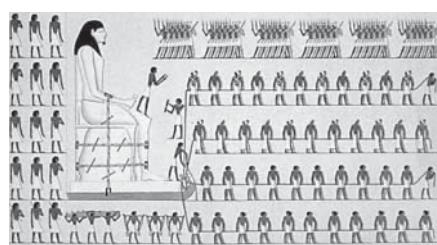
rechtlich belangt. Wegen solcher und anderer Vergehen wandern Menschen in die Gefängnisse und müssen dort zwangsweise arbeiten. Aber auch „freiwillige Dienste“ sind möglich. Der „Lohn“ für den Händler oder die eigene Person besteht größtenteils aus Naturalien: z.B. sechs Bronzeschüsseln, Leinen, eine Decke, ein Topf Honig. Vornehme Herrschaften lassen sich sämtliche Tätigkeiten des Haushaltes von ihnen verrichten: die Amme säugt und versorgt auch sonst drei Jahre lang die Kinder, für das mühselige Mahlen des Korns mit der Hand beugen Generationen von Frauen ihren müden Rücken, das Backen geschieht in kollektiver Produktion durch Männer, Bauersfrauen werden neben der Landwirtschaft zum Weben des feinen Leinens angehalten wie ihre Männer zum Pyramiden- und Tempelbau.

Im Mittleren und Neuen Reich sind viele DienerInnen, die im Haushalt und beim Militär arbeiten, zwangsweise ins Land gebrachte AusländerInnen, also Menschenbeute aus Kriegszügen, Sklaven und Sklavinnen. Ägypten macht in der Mitte des 2. Jahrtausend erfolgreiche imperialistische Überfälle auf palästinensisches, syrische und hethitische Gebiete. Bei Expeditionen zum Sinai und in die Nubische Wüste werden diese Menschen unter militärischer Bewachung in Goldbergwerken eingesetzt. Kinder und kleine Leute müssen gebückt in den engen Gängen nach dem begehrten Metall graben.

Die Abgeschlossenheit Ägyptens nach außen und daraus resultierend ein gewisser Mangel an Menschen und Arbeitskräften vor allem in den ersten Jahrhunderten seiner Existenz mögen dazu beigetragen haben, dass alle sonstigen Sklaven in Ägypten – wenn man die unselbständige, abhängige und erzwungene Tätigkeit aller Bauern, Handwerker und Arbeiter denn so nennen mag – vergleichsweise relativ „menschlich“ behandelt werden. Es gibt keine Belege für einzelne oder massenhafte Ermordung (auch nicht als Geheimnisträger verborgener Grabanlagen) oder ein bewusstes zu Tode Schinden. Dass man im Gegen teil auch ausländische Sklaven adoptiert und sie mit Besitz versieht, dass man sie an eigene Töchter verheiratet, dass sie eine gewisse Karriere machen können und sie „frei“ lässt, scheint üblich gewesen zu sein. Das widerspricht auch nicht grundsätzlich dem Begriff des Sklaven, den aber die meisten der Ägyptologen, Gelehrte und Reiseführer heute ablehnen, worauf hier aber nicht ausführlicher eingegangen werden soll.

Wie sich der Staat sonst noch bereichert

Während seiner gesamten Existenz scheut sich das Land nicht, an seinen nördlichen Grenzen gelegentlich Überfälle auf herumziehende Nomaden zum Beutemachen vor allem von Rindern zu machen. Dabei werden, wie bereits erwähnt, auch Menschen als Arbeitskräfte



Transport einer Statue, Grab des Djehutihetep: Vier Menschenkolonnen von Sklaven transportieren aus den Steinbrüchen von Hatnub auf einem Schlitten eine Statue.

mitgenommen. Die bekannte Joseph-Geschichte aus der Bibel erzählt in epischer Breite aus der Zeit um 1.200 v.u.Z. von einem solchen Fall. Frühe imperialistische Eroberungen nach Süden gelten stets dem goldreichen Land Nubien. Im Neuen Reich expandiert Ägypten kräftig in die fremden Länder nördlich seiner Grenzen. Aus den dazu nötigen Kriegen bringen die Pharaonen zahlreiche Kriegsbeute mit nach Hause.

Außerdem lässt sich der Pharao von den unterworfenen syrischen und palästinensischen Stadtstaaten, sowie im Falle eines meist kurzfristigen Sieges über die oben genannten Großreiche nach der damals üblichen Weise Tribute zahlen. Die verlangt er bald nicht mehr nur in Form von Rinderherden, sondern in purrem Gold oder Silber. Diplomatische Beziehungen und Abhängigkeiten – besonders zu den Hethitern, Mitanni und den Assyern – werden gelegentlich mit gegenseitigen Geschenken aufrechterhalten.

Gold schürft Ägypten selber, so wird es für einige Jahrhunderte zum Dollarland des Orients und zum Zentrum der Geldwirtschaft. Das Maß dieses und anderer Metalle bleibt aber das Gewicht. Eine entwickelte Geldwirtschaft kennt Ägypten auf Grund seiner stets beibehaltenen Naturalwirtschaft und auf Grund seiner im Lande sehr gering entwickelten selbständigen Handelstätigkeit nicht. Münzen lassen sich erst in der Zeit der Fremdherrschaft unter den Persern und Ptolemäern feststellen.

Zentralmacht oder Fürstenmacht

Ende des Alten Reiches um 2.180 v.u.Z. herum bilden sich bei den obersten Beamten der Bezirke „fürstliche Tendenzen“ heraus. Ihr Interesse ist es, selbständig ihren Bezirk zu führen, Besitzer von Grund und Boden zu werden und über das Abgabewesen mehr und mehr in die eigene Tasche zu wirtschaften. Sie beginnen, in der heute so genannten „Zwischenzeit“ Ackerboden und vor allem auch Kanäle benachbarter Städte und Gebiete unter ihre Kontrolle zu bringen.

Zu Beginn des 2. Jahrtausends bemühen sich mehrere Pharaonen erfolgreich darum, diese Tendenzen rückgängig zu machen und das zerfallene Reich wieder zentral zu reorganisieren. Einer der ihnen ist Amenemet I., über den gesagt wird: „..damit er das Unrecht vertreibe... und was eine Stadt der anderen fortgenommen hatte, damit er jede Stadt über ihre Grenze belehre, die sie von der andern trennte, indem er ihre Grenzsteine wieder aufrichtete wie den Himmel.“ Es gelingt allerdings nicht völlig, die alte zentrale königliche Schatz- und Güterverwaltung wieder herzurichten. Den selbstherrlich gewordenen Fürsten müssen die Pharaonen des nun folgenden Mittleren Reiches (ca. 2.130–1750 v.u.Z.) gewisse Zugeständnisse machen. So entsteht für einige Jahrhunderte ein bestimmter „eigener Grundbesitz“, ge-

nannt „Haus des Vaters“ mit Leuten, Vieh und allen Dingen, über die die Bezirks-Fürsten voll verfügen dürfen, und daneben das auf alte Art und Weise vom Pharao belehnte „Haus des Fürsten“, das den Nachkommen nur über die Bestätigung durch den Pharao vererbt werden kann.

Als nach der zweiten sogenannten Zwischenzeit von den Pharaonen des Neuen Reiches (ab 1570 v.u.Z.) entscheidende Siege über die hundertjährige Besatzerarmee der Hyksos und deren inländische Unterstützer (jene auf Selbstständigkeit ausgerichteten fürstlichen „Rebellen“) errungen werden, wird der alte zentral-staatliche Besitzanspruch auf Land, Erträge und Arbeitsleistungen der Bevölkerung von einer Reihe machtvoller Pharaonen und Pharaoninnen vollends wieder durchgesetzt. Eigenständiger fürstlicher Grundbesitz hat sich in Ägypten – im Gegensatz zu anderen orientalischen Ländern, wovon in einem weiteren Artikel die Rede sein soll – nicht durchsetzen können.

Die Staatsmacht Ägyptens liefert uns ein Beispiel für ein Steuersystems, in dem die zentrale Macht des Pharao weitgehend ungebrochen den Anspruch auf den gesamten Besitz des Landes und seiner Güter durchsetzt und dessen Erträge zwar nicht konkurrenzlos, aber dauerhaft erfolgreich in Form von Naturalabgaben einzieht. Fürstlicher Grundbesitz, unabhängige mittelständische Investitionen, selbständige kleinere und größere Betriebe, eigenständige Kaufleute und Händler können sich während einer fast 2.000 jährigen Geschichte nur in Zeiten



Pfeilerstatue mit König Echnaton: er versucht vergeblich, seinen Sonnengott Aton der starken Macht der Amun-Priesterschaft des Tempels in Karnak/Luxor entgegenzustellen.

staatlichen Niedergangs, während einiger Jahrhunderter innerer und äußerer Schwäche, entfalten. Von der gesamten in Ägypten geschaffenen Produktion aus Bauern- und Handwerkertätigkeit behält im wesentlichen die Zentralmacht die Abgaben ein, eignet sich über das staatliche Monopol die Erträge des Handels an, streicht die Zölle ein und bereichert sich zusätzlich an ausländischen Geschenken, an Beute, Kriegsbeute und Tributien.

Aus der vielfältigen wissenschaftlichen und allgemeinverständlichen Literatur zum Thema Ägypten soll hier nur, weil alle obigen Zitate daraus entnommen sind, Erman/Ranke „Ägypten und ägyptisches Leben im Altertum“, 1923/84 erwähnt werden.

Stimmen aus dem Alten Ägypten

Klage des Bauern:

„Mäuseplage herrscht auf dem Feld, ein Heuschreckenschwarm lässt sich nieder, die Rinder fressen alles auf. Die Spatzen bringen den Bauern in Not. Den Rest, der gedroschen werden sollte, haben die Diebe gestohlen. Das Mietgeld für die Rinder ist verloren, das Joch zerbrochen durch die Anstrengung beim Niedrdrücken des Pfluges.“

Nun legt auch noch das Schiff des Schreibers am Ufer an, um die Ernteabgaben einzuholen. Die Soldaten sind mit Knüppeln bewaffnet und die nubischen Polizisten mit Plamruten. Sie rufen: „Her mit dem Getreide!“ Der Bauer antwortet, dass er keines habe. Roh schlagen sie nun auf ihn ein, man bindet ihm die Hände und wirft ihn kopfüber in eine Grube. Seine Frau hat man gefesselt und seine Kinder angekettet. Seine Nachbarn lassen ihn im Stich und fliehen, ihr Getreide wird mitgenommen.“

Klage der Arbeiter beim Transport des Getreides zu den Schiffen:

„Sollen wir den ganzen Tag Korn und weißen Spelz tragen? Die Scheunen sind doch schon so voll, dass die Kornhaufen oben überlaufen, die Schiffe sind doch schon so schwer beladen, dass das Korn überquillt. Und doch treibt man uns zur Eile an. Siehe unser Herz ist von Erz.“

Vorteile des Beamten-Schreiber-Berufes:

„Der Schreiber, der selbst die Steuern aufschreibt, hat keine Steuern zu zahlen... So ist der Beruf der erträglichste von allen... Er rettet dich vor der Arbeitspflicht und schützt dich vor allen Mühen. Er bewahrt dich vor dem Tragen der Hacke und des Pickels, und du brauchst keinen Korb zu schleppen. Er befreit dich von der Handhabung des Ruders. Er vergütet jede Mühsal, und du bist nicht unter dem Befehl vieler Herren und zahlreicher Vorgesetzter. Denn über allen, die eine Arbeit tun, steht der Schreiber... Werde Schreiber, auf dass deine Glieder glatt bleiben und deine Hände zart, damit du in Weiß gekleidet einherschreitest als ein angesehener Mann, den die Hofsleuten grüßen.“

Die „Ideale Biografie“ von Hohen Beamten, Fürsten und Pharaonen:

„Ich habe dem Hungernden Brot gegeben und dem Nackten Kleidung. Ich habe den gesalbt, der nicht gesalbt war, und Sandalen gegeben dem, der barfuss ging. Ich habe dem eine Frau gegeben, der keine hatte.“

„Ich bin hier im Süden angekommen und habe für Euch Lebensmittel soviel wie irgend möglich gesammelt. Der Nilstand ist wirklich sehr niedrig, und die Menge der Lebensmittel, die wir uns verschafft haben, entspricht der Überschwemmung. Seid sparsam damit, denn ich musste bis hierher fahren, damit ihr etwas zu essen habt.“

30. Oktober: Tribunal über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien. S. die letzten Ausgabe der PB

30. Oktober bis 1. November: *Bundeskongress der DFG/VK*, u.a. Feier zum 25jährigen Bestehen. Kontakt: Bundesgeschäftsstelle der DFG-VK, Schwanenstr. 16, 42551 Velbert, Tel. (0 20 51) 42 17. E-Mail: dfgvk@mail.kdt.de Internet: <http://www.dfg-vk.de>

4. November: Internationaler Aktionstag und Tag der gewerkschaftlichen Organisierung von Call Centern, organisiert von Communications International und FIET

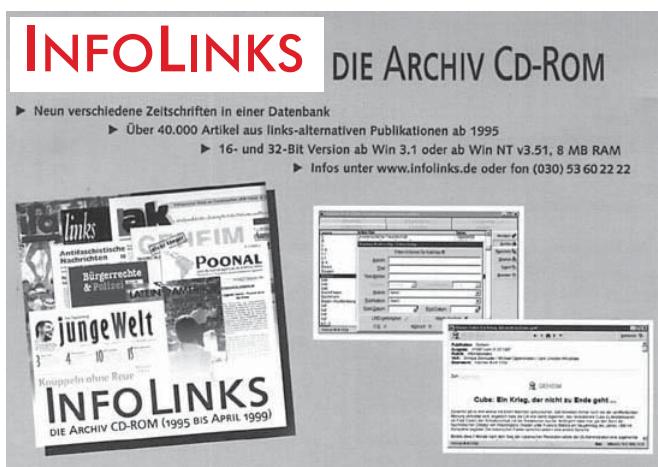
5.-7. November: Schwerin, 7. Bildungspolitische Konferenz der PDS zum Thema: *Gesamtgesellschaftliche Verantwortung für Bildung auf dem Weg nach Europa*

6./7. November: IMI-Kongreß „Die nächsten Kriege“, Sa. 13.00 – 17.30 Uhr: Mitgliederversammlung der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.; Sa. 19.00 Uhr: Vortrag „Die Strukturen zukünftiger Kriege“ mit Tobias Pflüger; So. 09.00 – 13.00 Uhr: Workshops mit den Themen: – Kaukasus mit Klaus D. Fischer (Publizist), Fred Schmid (Institut für sozial-ökonomische Wirtschaftsforschung), – Militär-Haushalt mit Arno Neuber (Autor), Paul Schäfer (Redakteur W&F); – Information Warfare mit Ralf Benrdrath (Politologe, Berlin) Andreas Seifert (Tübingen) – Ost-Timor mit Claudia Haydt (Religionssoziologin, Tübingen), Hanafi Tjahjadi-Müller (Tübingen). Kontakt: Informationsstelle Militarisierung (IMI), Tobias Pflüger, Burgholzweg 116/2, 72070 Tübingen, Tel.: 07071/49154, Fax: 07071/49154. E-Mail: imi@gaiade. Internet: <http://www.umb.de/ph/imil/index.htm>

9.11. – 17. November: Braunschweig: Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“, Berufsbildende Schulen II, Salzdahlumer Str. 85, VA: Stadt Braunschweig in Zusammenarbeit mit dem Friedenszentrum Kontakt: Friedenszentrum Braunschweig, Martina Staats, Goslarische Str. 93, 38118 Braunschweig, Tel.: 0531/893033, Fax: 0531/893033. E-Mail: m.staats@tu-bs.de, Internet: <http://www.braunschweig.de>

17.-19. November: Außerordentlicher Gewerkschaftstag der HBV in Würzburg; ebenso außerordentlicher Gewerkschaftstag der ÖTV. Die Gewerkschaften beraten Anträge zur Dienstleistungsgewerkschaft und zum Weg dahin.

19.-21. November: Tagung in Hamburg: *Friedensarbeit und*



Normalpreis: DM 99,- plus DM 5,- Porto. Bei einem Abo einer der Zeitungen ak, Antifa-Nachrichten, Bürgerrechte & Polizei, Geheim, jungeWelt, ila, Lateinamerika-Nachrichten, links, personal kostet die CD 49,- plus Porto.

Bestellungen an: Info Pool Network, Am Trptower Park, 28-30

ADRESSEAUFKLEBER

Friedenserziehung nach dem Nato-Krieg gegen Jugoslawien.
Veranstalterin: Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden
(PPF) in Verbindung mit dem „Ausschuss für Friedenserziehung
der GEW Hamburg“ und dem „Institut für konstruktive Kon-
fliktaustragung und Mediation Hamburg“. Kontakt: PPF, Bern-
hard Nolz, Kölner Str. 11, 57072 Siegen, Tel. (02 71) 2 05 96, Fax
(02 71) 2 39 09 85, Email: nolzpop@t-online.de

20. November 1999: Dritter Workshop der PDS zur Genossenschaftsidee: *Anders leben, anders arbeiten – Genossenschaften in sozialer und ökologischer Verantwortung*. Programm: Das Thema im Kontext mit der Debatte zur Programmatik der PDS (Dr. Judith Dellheim); Sozialgenossenschaften: Wege zu mehr Beschäftigung (Dr. Burghard Flieger); Die Bedeutung von Genossenschaften und ihrer Dachorganisationen für regionale Beschäftigungs- und Entwicklungsstrategien (Dr. Gabriele Herbert); Gemeinschaft wirtschaften und zusammen leben – die Kommune als Vollgenossenschaft (Dr. Gisela Notz); Genossenschaft als Chance für alternative Arbeitsformen (Klas Lemnitz); Ostdeutsche Agrargenossenschaften in den Widersprüchen hier und heute (N.N. aus Sachsen). 10-17 Uhr, Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin.

27. November: Kassel, bundesweites Treffen des Netzwerks für eine kämpferische und demokratische ÖTV

26.-28. November: Bundesweites Vorbereitungstreffen der *Innen!Stadt!Aktion!* (s. Politische Berichte 20)

30. November: Hamburg, *Taufe der neuen Fregatte der Bundesmarine* bei Blohm+Voss und entsprechende Begleitung der Friedensbewegung. Kontakt: Hamburger Forum c/o Renate Kirstein, Vielohweg 124 b, 22455 Hamburg, Tel.: 040/5513891, Fax: 040/5513891. E-Mail: m.gunkel@cl-hh.comlink.de. Internet:<http://www.hh19.de/hin!/hhf/>

3./4. Dezember: Stuttgart, Der 3. Kongress der Initiative für Vernetzung der Gewerkschaftslinken zu den Themen *Mitbestimmung, Sozial-, Tarif- und Arbeitzeitpolitik* in Stuttgart. Genaues Programm demnächst. Kontaktadresse zur Initiative: Heinz-Günter Lang, Tannenburger Str. 15, PF 1201, 64660 Alsbach-Hähnlein, Tel.: 06257-1468

4.-5. Dezember: Kassel, 6. bundesweiter und internationaler Friedenspolitischer Ratschlag

6. bzw. 7. bis 9. Januar: Vormerken: *Linke Winterschule* der Ar-Ge Konkrete Demokratie - Soziale Befreiung in und bei der PDS, in Friedrichroda

12. Februar: Arbeitsausschuss des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Fulda

27. Februar: Landtagswahlen in Schleswig-Holstein

15.-16. April: Bundestreffen des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

14. Mai: Landtagswahlen in NRW